

Wie Wachstum wirkt

_____ **Schwerpunkt:** Wirtschaft muss sich nachhaltig entwickeln _____ **Aus aller Welt:** Wie Brasiliens Oberster Gerichtshof es wagte, Elon Musk herauszufordern _____ **Meinung:** Der Nutzen von Entwicklungszusammenarbeit ist erwiesen _____ **In eigener Sache:** Die digitale Zukunft von E+Z



4 — In eigener Sache

4 Die digitale Zukunft von E+Z

Eva-Maria Verfürth

6 Übergabe des Staffelstabs

Hans Dembowski



Foto: Thomas Imo/picture-alliance/photothek

Frauen verrichten den Großteil der landwirtschaftlichen Arbeit in Afrika, S. 11.

Meinung — 19

19 Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo

Jean Masemo

21 Eine indische Studentin bringt ihre Klimaangst zum Ausdruck

Ipil Monica Baski

23 Der Nutzen von Entwicklungszusammenarbeit ist erwiesen

Nicolai Tust

8 — Aus aller Welt

8 Wie Brasiliens Oberster Gerichtshof es wagte, Elon Musk herauszufordern

André de Mello e Souza

11 Afrikanische Regierungen müssen Landwirtschaft stärker unterstützen

Nyasha J. Kavhiza

14 Konferenz in Kapstadt zu Rechten queerer Menschen

Rita Schäfer

17 Heutzutage: Kenia debattiert darüber, Suizidversuche zu entkriminalisieren

Joseph Maina

„Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steigert die Warenexporte deutscher Unternehmen.“

Nicolai Tust, S. 23



Die Klimakrise verschärft Armut und Ungleichheit, S. 21.

26 — Schwerpunkt

Wie Wachstum wirkt

Politik und öffentliche Meinung sind besessen vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sein Wachstum gilt allgemein als Maßstab für den Erfolg einer Nation. Leider ist dieser Indikator mit großen Mängeln behaftet. Theoretisch beinhaltet er alle finanziellen Transaktionen, die in einem Jahr in einer Volkswirtschaft stattfinden. Wichtige Aspekte bleiben dabei aber unberücksichtigt, etwa soziale Ungleichheiten, Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung. Ob Geld effizient ausgegeben wurde oder nicht, spielt ebenfalls keine Rolle. Länder mit niedrigem Einkommen benötigen allerdings unbedingt Wachstum, um sich zu entwickeln.

Foto: HOF Gallery Kibera /staff photo

- 27 Editorial: Wir erleben das schlimmste Marktversagen der Geschichte**
Hans Dembowski
- 28 “Starkes grünes Wachstum” wäre ein vernünftiges Ziel**
Interview mit Chukwumerije Okereke
- 31 Die Politik sollte sich mehr auf Nachhaltigkeit konzentrieren als auf Wachstum**
Praveen Jha
- 35 Länder mit niedrigem Einkommen brauchen Wirtschaftswachstum, um Armut zu überwinden**
Interview mit Stefan Dercon
- 38 Ein französischer Wissenschaftler beleuchtet den wachsenden Energieverbrauch**
Ipil Monica Baski
- 40 Ein Journalist der Financial Times erläutert, weshalb Wachstum kein nützliches Kriterium für wirtschaftlichen Erfolg darstellt**
Hans Dembowski
- 42 Immer mehr, immer schneller – Zeitdruck macht Demokratie dysfunktional**
Hans Dembowski
- 46 Multilaterale Maßnahmen gegen problematische Staatsverschuldung würden die Entwicklung überlasteter Länder befördern**
José Siaba Serrate

Titelbild:
Aus der Serie
„Furism“ von
Allan Simba,
Teil der
konsumkritischen
Ausstellung
MORE IS MORE
in Nairobi, Kibera
Arts District.



DIE ZUKUNFT VON E+Z

Ein neues Kapitel

Mit dem Jahreswechsel 2024/2025 beginnt für E+Z ein neues Kapitel. Nach 60 Jahren stellen wir unser Druckheft ein und veröffentlichen unsere Inhalte ausschließlich digital. Darüber hinaus erblicken Sie E+Z heute in einem neuen Design. Auf Ihr Feedback aus unserer Umfrage im Sommer 2024 hin haben wir unser Layout überarbeitet. Wir hoffen, dass es Ihnen gefällt! Über weitere Neuerungen erfahren Sie mehr auf den nächsten Seiten.

Aber auch in der Redaktion gibt es Veränderungen: Ich freue mich sehr, ab Januar die Chefredaktion von Hans Dembowski zu übernehmen (siehe sein Text auf Seite 6) und gemeinsam mit dem Redaktionsteam die Zukunft von E+Z gestalten zu dürfen.

„Ich freue mich auf neue Themen, intensive Debatten und besonders auf den Austausch mit Ihnen.“

Seit über 15 Jahren bin ich im Onlinejournalismus zu entwicklungspolitischen Themen tätig, war von 2010 bis 2018 Redakteurin bei E+Z und habe auch danach noch als Autorin beigetragen. Ich freue mich auf neue Themen, intensive Debatten und besonders auf den Austausch mit Ihnen.

Das Jahr 2024 hinterlässt viele Krisen: Populismus und Nationalismus schwächen internationale Institutionen und stellen Zusammenarbeit in Frage, Autokratien weltweit verbünden sich, und in zahlreichen Konflikten – ob in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Sudan – scheint ein Ende der Gewalt in weiter Ferne. Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind bis 2030 wohl nicht mehr erreichbar.

Doch das ist nur ein Teil der Geschichte: Die weltweite Kindersterblichkeit etwa hat sich seit 2000 halbiert, die Alphabetisierungsrate liegt bei über 85 Prozent, und die Armutsrate sinkt deutlich und stetig, wenn auch zuletzt langsamer. In vielen afrikanischen Ländern ist die Lebensqualität besser und die Demokratie stärker geworden. Menschen sind

gegen repressive Regime auf die Straßen gegangen, und weltweite Bewegungen wie Fridays for Future, Black Lives Matter oder MeToo haben Einfluss auf die internationale Politik genommen. Obwohl die Fossilwirtschaft unverändert mächtig ist, befinden sich erneuerbare Energien im Aufwind.

Vieles könnte besser sein. Aber es lohnt sich, auch einen Blick auf die positiven Entwicklungen zu richten. Wir möchten all diese Themen weiter aufgreifen und gemeinsam diskutieren, wie es vorangehen kann. Denn nur, wenn wir uns über Grenzen hinweg austauschen, können wir auch gemeinsam Lösungen für globale Probleme finden – und genau dafür gibt es E+Z.

Unsere Leserbefragung im Sommer dieses Jahres hat uns noch einmal bestätigt, welch einzigartiges globales Netzwerk hinter E+Z steht. Besonders gefreut haben uns die zahlreichen ausformulierten Ideen, Anregungen und konstruktive Kritik. Wir haben alles gelesen und vieles davon aufgegriffen. Einige Ihrer Vorschläge haben wir in die Praxis umgesetzt – wie das neue Design und die E+Z-App. Außerdem überarbeiten wir unseren Newsletter, der bald häufiger und mit weiterführenden Inhalten erscheinen wird. So können Sie leichter auf unsere Inhalte zugreifen und E+Z besser individuell in Ihren Arbeitsalltag integrieren. Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Inspiration!

Natürlich kann es bei Veränderungen auch immer passieren, dass nicht alles perfekt läuft. Schreiben Sie uns, wenn etwas nicht funktioniert oder Ihnen ein Angebot fehlt – aber auch gerne, wenn Ihnen etwas besonders gut gefällt. Jedes Feedback bringt uns weiter, und wir freuen uns immer, von Ihnen zu hören.



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist ab Januar 2025
Chefredakteurin von E+Z.
euz.editor@dandc.eu

Ergebnisse unserer Onlineumfrage

Im Sommer 2024 wollten wir von Ihnen wissen: Wie soll E+Z in Zukunft aussehen? Welche digitalen Angebote wünschen Sie sich? Was schätzen Sie an E+Z, und was soll besser werden?

Über 1000 Menschen haben teilgenommen und uns in ausführlichen Antworten umfangreiches Feedback gegeben.

- **Globales Netzwerk und fachlicher Nutzen:**

E+Z-Leser*innen möchten über entwicklungspolitische Themen auf dem Laufenden bleiben, ihren Horizont erweitern und neue Impulse für ihre Arbeit finden. Sie greifen aus der ganzen Welt auf E+Z zu.

- **Hohe Zufriedenheit, relevante Inhalte:**

Die Befragten bewerteten den Gesamteindruck, die Inhalte und die Verständlichkeit von E+Z als gut bis sehr gut. Insbesondere die fundierten Analysen schätzen sie sehr.

- **Digitale Angebote, besseres Design:**

Da E+Z ab 2025 ausschließlich digital erscheinen wird, wünschten sich die Teilnehmenden in der Umfrage neue Angebote wie eine App und möchten insbesondere mehr Informationen per E-Mail erhalten. Verbesserungspotenzial sahen sie vor allem bei Gestaltung und Design.

Wir haben bereits begonnen, diese Wünsche umzusetzen: E+Z erscheint seit 2025 in einem neuen Design. Wir bieten Ihnen außerdem ein zweiwöchentliches Briefing per E-Mail an und unsere Monatsausgabe steht Ihnen nun in unserer neuen E+Z-App zur Verfügung.

Wie bewerten Sie die Qualität von E+Z?

■ sehr gut	27 %
■ gut	54 %
■ befriedigend	12 %
■ ausreichend	3 %
■ mangelhaft	0 %
■ ungenügend	0 %
■ weiß nicht/k. A.	4 %

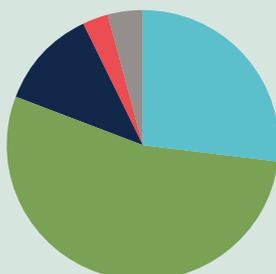


Illustration: freepik.com

Wie möchten Sie E+Z künftig nutzen?

Ab 2025 wird sich bei E+Z vieles verändern: Die Printausgabe wurde eingestellt, und wir erscheinen nur noch digital. Damit Sie auf unsere Inhalte in Zukunft noch leichter zugreifen können, haben wir unsere Onlineangebote ausgeweitet und verbessert.

Unsere Monatsausgaben immer dabei: die neue E+Z-App

Die E+Z-App bringt unsere Inhalte direkt auf Ihr Smartphone oder Tablet. Optionale Push-Benachrichtigungen informieren Sie über neue Artikel und über jede neue Ausgabe, die Sie als PDF oder im Reader-Modus der App lesen können. Hier geht es zum Download:

www.dandc.eu/de/app

Alle zwei Wochen in Ihrem E-Mail-Postfach: der E+Z-Newsletter

Melden Sie sich jetzt für unseren Newsletter an und erhalten Sie ab 2025 alle zwei Wochen unser Briefing per E-Mail – mit ausgewählten E+Z-Artikeln und weiterführenden Leseempfehlungen und Informationen. Jetzt abonnieren: www.dandc.eu/de/newsletter

Mit E+Z durch die Arbeitswoche: die E+Z-Website

An jedem Arbeitstag ein neuer Beitrag – das erwartet Sie weiterhin auf unserer Website. Dort finden Sie auch unsere Monatsausgaben und können den Newsletter abonnieren. Wenn Sie an einem spezifischen Thema oder einer Region interessiert sind, ist die Website ebenfalls der richtige Ort für Sie: Hier können Sie unseren Content nach Schlagworten und Weltregionen sortieren. Hier geht es zur Website: <https://www.dandc.eu/de>

E+Z in Ihrem Newsfeed: unsere Social-Media-Profile

Keine Zeit für neue Kanäle? E+Z ist da, wo auch Sie sind – auf Facebook, LinkedIn, WhatsApp und X. Abonnieren Sie unseren Kanal und erhalten Sie E+Z-Inhalte direkt in Ihrem Newsfeed.





Eva-Maria Verfürth und Hans Dembowski.

IN EIGENER SACHE

Stabwechsel

Als ich Chefredakteur von E+Z/D+C wurde, wollte ich nicht lange bleiben. Mir wurde die Stelle angeboten, als ich dringend eine brauchte, aber ich fühlte mich nicht zum Nischenjournalismus berufen. Ich bin 21 Jahre lang geblieben und bereue es nicht.

VON HANS DEMBOWSKI

Mir wurde erst allmählich klar, dass Staatssekretär Erich Stather vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sein Versprechen der redaktionellen Unabhängigkeit absolut ernst meinte. Ihm war bewusst, dass ein glaubwürdiges Debattenforum wertvoller ist als ein PR-Heft. Er richtete sogar einen Beirat ein, um die Redaktion zu schützen.

Mein Team und ich hatten das Privileg, eigenständig zu denken. Wir haben immer wieder Beiträge veröffentlicht, in denen die Politik der Bundesregierung kritisiert wurde. Manchmal entsprach das vermutlich auch der Sicht der BMZ-Spitze, die das aber aus Kabinettsdisziplin so nicht formulieren konnte. Ich erfuhr das nicht. Unter verschiedenen Ministern und Ministerinnen gab es auch keine harschen Rückmeldungen.

„Die aktuellen Aussichten sind schlecht. Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus verspricht noch mehr pompösen Nationalismus von selbsternannten Patrioten.“

Jetzt habe ich das Alter erreicht, in dem ich mich von Ihnen, den Lesenden, verabschiede und den Stab an meine Nachfolgerin Eva-Maria Verfürth weiterreiche. Ich bin dem BMZ und seiner Durchführungsorganisation Engagement Global dankbar für die großartigen Möglichkeiten, die ich hier hatte. Danken möchte ich auch dem Team in verschiedenen Besetzungen für die kontinuierlich starke Unterstützung, allen Beiratsmitgliedern im Lauf der Jahre für die beherzte Ermutigung und den vielen Beitragenden, die regelmäßig hochinteressante Texte lieferten. Mit einigen verbinden mich jetzt Distanzfreundschaften. Es sind zu viele Menschen, um sie alle zu nennen.

Ich habe großes Vertrauen in meine Nachfolgerin, die lange dem Team angehörte und eine gute Freundin wurde. Sie wird mit dem hochengagierten Team die künftig rein digitale Plattform mit dem bisherigen Spirit weiterführen.

Dass ich ein Gefühl des Scheiterns empfinde, liegt an etwas anderem. Mich haben von Anfang an zwei Paradigmen geleitet:

- Nachhaltiger Fortschritt hängt von örtlicher und nationaler Verantwortung ab. Allzu oft finanziert Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) aber Projekte und Programme nach Geberschmack. Richtig verstandene Entwicklungszusammenarbeit ist etwas anderes. Sozialer Wandel geschieht dort, wo sich Erwartungen, Ansprüche und Aspirationen der Menschen ändern. Wer das fördern will, darf nicht nur Verträge mit Regierungen schließen, sondern muss auch auf andere Stimmen aus den Zielländern achten.
- Global Governance hat zentrale Bedeutung. Wenn die Weltordnung Entwicklung bremst, bleiben Menschen in benachteiligten Weltregionen arm – und werden oft auch Repressionen und Gewalt ausgesetzt sein.

Beide Paradigmen stimmen. In den 21 Jahren hat es kaum Fortschritt gegeben. Was die Eigenverantwortung angeht, startete 2003 eine wichtige Serie von multilateralen Konferenzen. Die High Level Forums on Aid Effectiveness formulierten sinnvolle Prinzipien, aber der Schwung ging verloren. Heute fallen weiterhin Entscheidungen darüber, was, wann und wo mit welchem Ziel gefördert wird, oft in den Hauptstädten von Ländern mit hohem Einkommen. Die Verwaltungen der Zielländer müssen sich auf viele verschiedene bürokratische Verfahren einstellen – je nachdem, von welcher bilateralen oder multilateralen Institution sie Geld bekommen.

Die Erosion der Aid-Effectiveness-Agenda war symptomatisch. Viele multilaterale Initiativen haben nicht die nötigen und versprochenen Ergebnisse gebracht. Vor 21 Jahren hatte die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) ihre Doha-Entwicklungsrunde gerade eingeleitet. Sie versandete größtenteils. In der Corona-Pandemie erfüllte sich das Doha-Versprechen, Patente dürften die Gesundheitspolitik nicht behindern, nicht.

Die Klimarahmenkonvention der UN war damals ein Jahrzehnt alt. Ihr Kyoto-Protokoll schien noch plausibel. Ihm zufolge sollten reiche Nationen sich mit wachsendem Ehrgeiz immer wieder zu Emissionseinsparungen verpflichten und die Klimapolitik benachteiligter Länder unterstützen. Die USA ratifizierten es nicht, die erste Runde verlief enttäuschend, und dann wurde das Konzept aufgegeben. Die Klimakrise eskaliert weiter.

Die aktuellen Aussichten sind schlecht. Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus verspricht noch mehr pompösen Nationalismus von selbsternannten Patrioten. Dabei lassen sich globale Probleme nur mit internationaler Zusammenarbeit lösen, wofür wiederum nationale Eigenverantwortung nötig ist. Beide Paradigmen gelten heute mehr denn je. Denn, ich fürchte, die Politik wird sich nicht an sie halten.



HANS DEMBOWSKI
war von Januar 2004
bis Dezember 2024 Chef-
redakteur von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

RECHTSSTAATLICHKEIT

Musk gegen Moraes

Die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) gehört dem reichsten Mann der Welt, und er lässt sie für rechtsgerichtete politische Zwecke nutzen. Elon Musk hat Donald Trump vor allem bei den jüngsten US-Wahlen unterstützt, was seinen internationalen Einfluss steigern wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Behörden anderer Länder sich trauen, gegen sein illegales Verhalten vorzugehen – wie es der Oberste Gerichtshof von Brasilien im Sommer tat.

VON ANDRÉ DE MELLO E SOUZA

Seit Elon Musk im Jahr 2022 X übernommen hat, steht die Plattform wegen kontroverser Inhalte – meist politischer Art – in der Kritik. Musk behauptet, die Plattform sei neutral, aber sie hat nie verhehlt, Donald Trump zu unterstützen. Nachdem Musk die Plattform gekauft hatte, war Trumps Profil zügig wieder freigegeben worden. Twitter hatte sie nach der Erstürmung des Kapitols in Washington am 6. Januar 2021 gesperrt. Auch gesperrte Profile weiterer Personen, die in den Aufstand verwickelt waren, wurden unter Musk entsperrt.

Zwar sind weniger als ein Drittel der Beiträge auf X politisch, aber der Algorithmus bevorzugt häufig politische Inhalte, sodass sie fast die Hälfte der Gesamtmenge in den Feeds ausmachen. Neue X-Nutzer*innen, die sich für Handwerk, Sport oder Kochen interessieren, werden mit politischen Inhalten bombardiert. Unter Musk ist X deutlich politischer geworden.

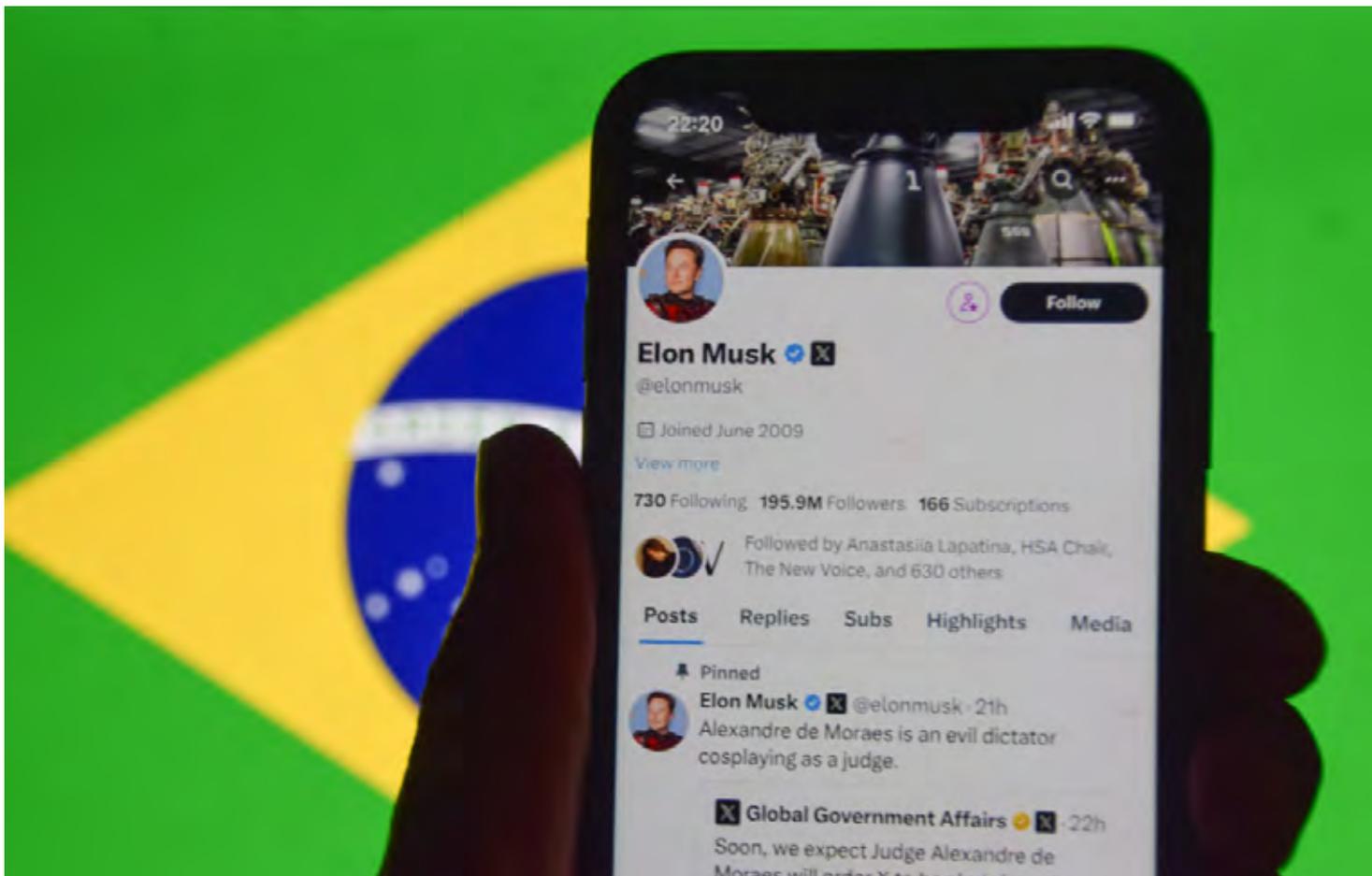
Botschaften auf X zu bewerben, kostet Geld. David Corn, der für das in San Francisco ansässige Magazin Mother Jones arbeitet, schätzt, dass die Unterstützung, die Trump allein durch Musks persönliches X-Profil erhielt, im Laufe des Wahlkampfs vermutlich etwa 100 Millionen Dollar wert war – wenn nicht gar doppelt so viel.

Auch Brasiliens Rechtsextreme haben X ausgiebig genutzt. Nachdem Ex-Präsident Jair Bolsonaro die Wahlen im Oktober 2022 verloren hatte, ahmten seine Anhänger*innen fast genau zwei Jahre später, am 8. Januar 2023, das nach, was am 6. Januar 2021 in Washington geschehen war. Ihr Putschversuch scheiterte, aber X half maßgeblich bei der Mobilisierung. Brasiliens rechte Strateg*innen setzen schon seit Jahren auf Online-Plattformen.

REDEFREIHEIT

Anonyme Verbreitung von Desinformation und Hassrede ist in den USA erlaubt – in Brasilien nicht. In den USA ist das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung weiter gefasst als in Brasilien. Brasilianer*innen dürfen ihre Meinung frei äußern, anonyme Online-Postings jedoch sind verboten. Wer die Meinungsfreiheit für destruktive und kriminelle Zwecke missbraucht, kann somit zur Rechenschaft gezogen werden.

Den Brasilianer*innen sind ihre Grundrechte sehr wichtig. Das Land stand 21 Jahre lang, bis 1985, unter Militärrherrschaft. In Bolsonaros erster Amtszeit wurde seine Vorliebe für die Diktatur sichtbar und auch, dass er selbst eine Gefahr für die Demokratie darstellte. Das war ein Grund für seine Niederlage 2022.



Missachtung des Gerichts? Ein Beitrag auf Musks X-Profil im August.

Nach dem Aufstand in Brasilia handelte der Oberste Gerichtshof schnell und entschieden zum Schutz der Verfassung, und Richter Alexandre de Moraes spielte eine führende Rolle. Das war wichtig, da Bolsonaro während seiner Präsidentschaft viele staatliche Institutionen vereinnahmt hatte. Anders als in den USA arbeitete das brasilianische Rechtssystem den gescheiterten Staatsstreich schnell auf und verhinderte eine erneute Kandidatur des Rechtspopulisten innerhalb der nächsten 20 Jahre.

BLOCKIERUNG VON X

Dieser Geisteshaltung entspringt auch die Forderung des Obersten Gerichtshofs, dass X brasilianische Gesetze einzuhalten hat. Der amerikanische Plutokrat Musk aber hob das Verbot von Twitter, den Inhalt von Beiträgen zu beschränken, auf. Wie in den USA behielt und reaktivierte er zudem Profile, deren Schließung brasilianische Gerichte angeordnet hatten.

Musk warf den Richtern in X-Posts „Zensur“ vor und behauptete, sie würden „brasilianisches Recht verletzen“. Er kündigte an, brasilianische Gerichtsentscheidungen zu missachten.

Anfang April 2024 ordnete Moraes eine Untersuchung gegen Musk an wegen Behinderung der Justiz, Anstiftung zu Straftaten und Missbrauchs wirtschaftlicher Macht. Zudem verhängte er eine Geldstrafe von 100 000 BRL (etwa 17 000 Dollar) für jedes reaktivierte Profil. Später ordnete er auch an, Vertreter von X im Land zu verhaften, falls die Plattform den richterlichen Entscheidungen nicht nachkommt.

Im August verkündete X die Schließung seines Büros in Brasilien. Zehn Tage später wies der Oberste Gerichtshof Musk an, innerhalb von 24 Stunden einen neuen Rechtsvertreter zu benennen. Das geschah nicht. Damit riskierte Musk die Sperrung von X. Er bezeichnete das als schwierige Entscheidung, erklärte aber: „Hätten wir Alexandre de Moraes' heimlicher (illegaler) Zensur und der Forderung, private Informationen freizugeben, zugestimmt, hätten wir unser Handeln nicht erklären können, ohne uns zu blamieren.“

Am 30. August ordnete der Oberste Gerichtshof die komplette Sperrung von X in Brasilien an. Moraes gab Anweisungen an Apple, Google und Anbieter, wie sie vorgehen

„Nationalstaaten können anstößige Plattformen abschalten. Das wird zwar immer wie Zensur aussehen, aber irgendwie müssen sie dafür sorgen, dass ihre Regeln eingehalten werden.“

sollten, um den Zugang zur Plattform im Land zu verhindern. Einzelpersonen und Firmen, die VPNs oder andere Technologien für den Zugang zu X nutzten, sollten Geldstrafen von 50 000 BRL pro Tag erhalten. X habe das brasilianische Recht und Anordnungen des Obersten Gerichtshofs nicht eingehalten, begründete die Justiz ihr Vorgehen.

Laut brasilianischer Bundespolizei erlaubte X trotzdem mindestens sechs von der Justiz gesperrten Profilen, live an brasilianische Zuschauer*innen zu senden. Da es bei der Sperrung von X technische Probleme gab, konnten die Nutzer*innen weiterhin darauf zugreifen. Am 9. September wies Moraes die Bundespolizei an, Erklärungen dazu von X zu fordern, und verhängte zusätzliche Geldstrafen in Höhe von umgerechnet 1,7 Millionen Dollar.

Für den Multimilliardär ist das nicht viel. Trotzdem zahlte X nicht. Moraes ordnete daraufhin an, Gelder der Konten von X in Brasilien zu sperren – sowie vom ebenfalls Musk gehörenden Internetanbieter Starlink. Rechte Aktivist*innen demonstrierten für Musk.

MUSK MACHT EINEN RÜCKZIEHER

X blieb in Brasilien 39 Tage gesperrt. Am 20. September ernannte die Plattform eine neue Rechtsvertreterin in Brasilien: die Anwältin Rachel de Oliveira Villa Nova Conceição. X sperrte auch Profile, von denen der Oberste Gerichtshof gesagt hatte, sie verbreiteten Fake News, riefen zu Gewalt auf oder schürten Hass. Die Entsperrung von X machte Moraes davon abhängig, dass die Plattform alle Geldstrafen bezahlte – zu diesem Zeitpunkt 18,3 Millionen BRL. Erst nachdem X allen Gerichtsentscheidungen nachgekommen war, wurde die Plattform wieder freigegeben.

Musks Rückzug könnte mehrere Gründe gehabt haben: Druck von Investoren, das Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten und internationale Kritik etwa. Das Forschungsunternehmen DataReportal schätzt, dass Brasilien inter-

national die sechstgrößte Anzahl von Profilen auf X hat. Im Januar 2024 hatte X 22,1 Millionen brasilianische Nutzer*innen – sechs Prozent der Konten weltweit. Neben großen finanziellen Werbeverlusten hätte es auch einen Wettbewerbsnachteil gebracht, X einzustellen, da konkurrierende Plattformen ihren Anteil in Brasilien hätten erhöhen können.

INTERNATIONALE AUSWIRKUNGEN

Nationalstaaten können anstößige Plattformen abschalten. Das wird zwar immer wie Zensur aussehen, aber irgendwie müssen sie dafür sorgen, dass ihre Regeln eingehalten werden. Die dominierenden Internetkonzerne nutzen globale Geschäftsmodelle und scheren sich wenig darum, wie kleine Märkte reguliert werden. Allerdings reagieren sie auf Rechtsschritte in wichtigen Märkten wie Brasilien. In vielen anderen Ländern aber verbreiten sich Lügen und Hass, die Musk auf seiner Plattform zulässt, uneingeschränkt.

Die EU verabschiedete 2023 den Digital Services Act. Das Gesetz über digitale Dienste soll Internetplattformen regulieren, die so viele Nutzer*innen haben, dass sie monopolistische oder oligopolistische Macht erlangen. Leider ist es nicht selbstverständlich, dass EU-Institutionen ihre Regeln durchsetzen, wenn sie dafür gegen jemanden wie Musk vorgehen müssen.

Im August trat Thierry Breton wütend von seinem Amt als EU-Binnenmarktkommissar zurück. Er hatte Musk öffentlich an EU-Vorschriften erinnert und dafür Kritik geerntet. Vor einem Interview des Milliardärs mit Donald Trump auf X hatte Breton Musk gewarnt, dass die EU-Regeln es ihm verböten, Lügen zu verbreiten. Setzen Behörden ein Gesetz aber nicht klar durch, wird es schnell zahlos.

Wird die EU das Gesetz über digitale Dienste nutzen, um gefährliche rechte Propaganda einzudämmen? Zumindest hoffen Beobachter*innen in anderen Weltregionen, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen Denkfabrik in Brasilien.

X: @A_MelloeSouza

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Investitionsklima verbessern

Afrikas Regierungen müssen über Subsistenzlandwirtschaft hinausdenken. Zu oft halten sie Agrarproduktion für etwas, das arme Dörfer tun, um sich selbst zu ernähren. Stattdessen müssen sie Landwirtschaft endlich als Branche mit zentraler Bedeutung anerkennen.

VON NYASHA J. KAVHIZA

Afrika hat mehr als 60 Prozent der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Es ist also absurd, dass es hier vielen Menschen an Ernährungssicherheit fehlt. Der Kontinent ist potenziell ein agrarisches Leistungszentrum. Leider bleiben zu viele Chancen ungenutzt.

Zu geringe Agrarproduktion bedeutet, dass viele afrikanische Länder Lebensmittel importieren müssen. Insgesamt geht es jährlich um etwa 60 Milliarden Dollar. Diese hohe Summe belastet die Volkswirtschaften, weil in dieser Höhe wertvolle Devisen abfließen. Obendrein bedeutet die Importabhängigkeit ein hohes Inflationsrisiko, denn Preisschocks auf dem Weltmarkt wirken sich sofort auf den Konsum in Afrika aus.

In gewisser Weise bedeutet Nahrungsmiteleinfuhr die Ausfuhr von Arbeitsplätzen. Angesichts der Tatsache, dass viele Afrikaner*innen im ländlichen Raum leben, ist das keine Strategie für Wettbewerbsfähigkeit. Der Kontinent kann dankbar für die Nahrungsmittelhilfe sein, die er kurzfristig bekommt – langfristig ist sie aber Gift. Die Politik muss sich ändern, wenn afrikanische Staaten Ernährungssicherheit, Wachstum, makroökonomische Stabilität und ausgeglichene Haushalte bekommen sollen.

Afrikas Landwirtschaft muss modernisiert werden. Dafür müssen die Regierungen über das Subsistenzkonzept

hinausdenken, demzufolge Bauernhöfe in Dörfern vor allem dazu dienen, die dort lebenden Menschen zu ernähren. Tatsächlich ist Landwirtschaft als Branche von zentraler Bedeutung zu bewerten. Dieser Paradigmenwechsel wird auch wohlverständlicher Souveränität der jeweiligen Staaten dienen.

Allzu lang hat sich afrikanische Politik auf die Städte konzentriert. Vorrang hatte nicht die Produktivitätssteigerung im ländlichen Raum, sondern die Befriedigung urbaner Bedürfnisse. Eine unbeabsichtigte Nebenwirkung ist bis heute die starke Landflucht, wobei allerdings viele Menschen in informellen Armutssiedlungen landen. Wenn städtisches Elend reduziert werden soll, muss der Lebensstandard auf dem Land steigen.

All das wurde lange vernachlässigt. Afrikanische Regierungen versuchten, die Stadtbevölkerung mit niedrigen Lebensmittelpreisen ruhig zu halten und strebten entsprechend auch niedrige Erzeugerpreise an. Folglich können sich viele Länder heute nicht mit Grundnahrungsmitteln selbst versorgen. Landwirtschaftliche Betriebe hatten Anreize, auf Produkte wie Kakao oder Tabak umzustellen, die wegen internationaler Nachfrage höhere Preise erzielen.

Leider haben afrikanische Politiker*innen aber auch die Exportwirtschaft nicht gut organisiert. Ghana und Côte d'Ivoire produzieren zusammen rund 60 Prozent des



Kenianische Bäuerin: Frauen leisten die meiste Feldarbeit in Afrika und haben vermutlich die besten Investitionsideen, aber Zugang zu Kredit haben sie in der Regel nicht.

Kakaos weltweit. Eine gemeinsame Vermarktungsstrategie würde ihre Verhandlungsmacht stärken.

Was ist also zu tun? Land gibt es genug, die Agrarentwicklung hängt aber auch von anderen Faktoren ab. Wie in allen anderen Wirtschaftszweigen ist ein gutes Investitionsklima nötig. Agrarbetriebe müssen wirtschaftlich attraktiv werden.

Tatsächlich stimmen die Anreize für landwirtschaftliche Investitionen in Afrika meist nicht. Die Zinsen sind zu hoch, während Subventionen gering bleiben oder gar nicht existieren. Es gibt keine starke Agrarforschung und folglich auch keine überzeugende Agrarberatung. Manche Länder erheben sogar hohe Steuern. Die ländliche Infrastruktur ist schwach, wie in vielen anderen Regionen mit geringen Einkommen. Dabei braucht die Landbevölkerung doch Straßen, Wasser- und Stromversorgung sowie Telekommunikation. Wichtig sind auch Bildungs- und Gesundheitswesen. Wo es weder Lagermöglichkeiten noch Vermarktungschancen gibt, wird es nie attraktiv sein, in Agrarbetriebe zu investieren. Verarbeitung findet in Afrika zudem fast nur in Städten statt.

Hohe Zinsen blockieren die ländliche Entwicklung, denn Investitionen werden in allen Branchen typischerweise zumindest teils mit Krediten finanziert. Wo Darlehen teuer und schwer erhältlich sind, floriert kein Wirtschaftszweig. Zinssätze von 25 Prozent sind im ländlichen Afrika allerdings normal. Außerdem werden Frauen auf destruktive Weise diskriminiert. Sie leisten zwar die meiste Feldarbeit und leiten 85 Prozent der kleinen Höfe. Weil ihnen das Land in der Regel aber nicht gehört, gelten sie meist nicht als kreditwürdig. Dabei hätten sie vermutlich die besten Investitionsideen.

In Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen nutzen bäuerliche Familien aufwendige Technik. Ihre Mähdröser sind gern 500 000 Dollar oder noch mehr wert. Sie profitieren von Subventionen und bekommen Darlehen mit unter fünf Prozent Zinsen. Sie nutzen in wachsendem Maße Informationstechnik, die smarte Bewässerung, selbststeuernde Maschinen oder die Drohnenüberwachung von Feldern möglich macht.

Zu heutigen Bedingungen ist all das in Afrika kaum vorstellbar. Solange Zinsen und das sonstige Investitionsklima unfreundlich bleiben, wird weiter mit Sichel geerntet werden.

Die Produktivität wird gering bleiben, zumal ein großer Teil der Ernte verloren geht. Anstatt Menschen zu versorgen, verrotten mangels Lager-, Transport- und Vermarktungsoptionen bislang etwa 30 Prozent der afrikanischen Agrarproduktion. Würden diese Defizite behoben, so schätzen Fachleute, stiege die Produktivität ohne Erschließung von zusätzlichem Land um etwa ein Drittel.

Afrikanische Regierungen müssen sich diesen Herausforderungen stellen. Sie können viel tun. Mehr und bessere Agrarforschung gehört hoch auf die Tagesordnung. Sie muss herausfinden, wie die Produktivität in den spezifischen regionalen Kontexten gesteigert werden kann. China und Südkorea investieren etwa zwei Prozent der Erlöse der Agrarproduktion in Forschung. In Afrika ist es in der Regel weniger als ein Prozent.

PRIVATWIRTSCHAFT MOBILISIEREN

Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Mobilisierung privater Investitionen. Die Politik könnte davon profitieren, dass institutionelle Anleger wie Pensionsfonds oder Versicherungen Interesse an langfristigen Investitionsmöglichkeiten haben. Sie könnten große Summen bereitstellen, wenn das Investitionsklima in Afrikas Landwirtschaft besser würde.

Es wäre klug, Verarbeitungsbetriebe dort aufzubauen, wo Grundnahrungsmittel produziert werden. Um diese herum würden ländliche Wirtschaftszentren entstehen und sowohl Entwicklung als auch Wachstum voranbringen.

Bäuerliche Betriebe brauchen möglichst viele Vermarktungschancen. Bisher mangelt es aber sogar an örtlichen Märkten, was die vorgeschlagenen Verarbeitungszentren ändern dürften. Es ist aber noch mehr möglich. Rohstoffbörsen würden die Spekulationen mit Agrarprodukten ermöglichen und damit zusätzliche Verkaufschancen eröffnen. Lobenswerterweise wird das zurzeit in Ländern wie Simbabwe, Ruanda, Nigeria und Äthiopien vorbereitet. Nötig sind allerdings auch zuverlässige Speichermöglichkeiten, ohne die Angebot und Nachfrage nicht über Zeit und Raum hinweg in Einklang gebracht werden können.

Grundsätzlich gehört der Ausbau der Infrastruktur zu jeglicher agrarischer Modernisierungsstrategie. Die Stromversorgung muss besser werden. Bislang müssen 600 Millionen Menschen in Afrika ohne Strom auskommen. Wasserversorgung und Verkehrswesen – wo immer möglich auch auf der Schiene – sind ebenfalls wichtig. Ohne gute Schulbildung werden Menschen im ländlichen Raum zudem Chancen weder erkennen noch ergreifen können, und ohne Gesundheitsversorgung kann ein Unfall oder eine Krankheit eines wichtigen Familienmitglieds alle anderen in Armut stürzen.

„Es wäre klug, Verarbeitungsbetriebe dort aufzubauen, wo Grundnahrungsmittel produziert werden.“

Um diese herum würden ländliche Wirtschaftszentren entstehen und sowohl Entwicklung als auch Wachstum voranbringen.“

Zudem ist Zugang zum Internet aus mehreren Gründen wesentlich:

- Finanzdienstleistungen sind heute online möglich, was Bankfilialen vor Ort überflüssig macht. Eigentlich brauchen Landwirt*innen nur ein Smartphone – und damit können sie auch auf Rohstoffbörsen agieren, wenn diese einmal eingerichtet sind.
- Für Wissensvermittlung ist das Internet heute unverzichtbar. Im Netz lassen sich Preise und andere wirtschaftlich wertvolle Informationen recherchieren. In gewissem Maß können Regierungen Aufklärung im Internet auch für Analphabet*innen organisieren, aber diese Menschen werden nie in der Lage sein, alle für sie relevanten Online-Angebote zu nutzen.



NYASHA J. KAVHIZA
ist Agrarökonom und
lebt in Simbabwe.

[njkhviza@rocketmail.com](mailto:njkavhiza@rocketmail.com)

SEXUELLE MINDERHEITEN

Menschenrechte für alle

*Wer nicht heteronormativ liebt, steht in vielen Ländern weltweit unter Druck. Auf einer Konferenz in Kapstadt thematisierten Aktivist*innen für Menschenrechte von sexuellen Minderheiten die Herausforderungen. Sie betonten, nicht nur ihre Rechte stünden auf dem Spiel, sondern pluralistische Gesellschaften und freiheitliche Demokratien als solche.*

VON RITA SCHÄFER

Unter dem Motto „Kwa Umoja – We rise“ trafen sich Mitte November 1450 Aktivist*innen für Menschenrechte von sexuellen Minderheiten in Kapstadt. Der weltweit größte Dachverband International Lesbian and Gay Association (ILGA) hatte die südafrikanische Metropole gewählt, um ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie zu setzen. Südafrikas Verfassung ist die erste weltweit, die sexuelle Minderheiten vor Diskriminierung schützt.

Während der Apartheid wurden Homosexualität sowie Beziehungen und Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe in Südafrika kriminalisiert. Darunter zog die Regierung Nelson Mandelas nach dessen Amtsantritt 1994 einen Schlussstrich. Seit dieser demokratischen Wende kann Südafrika etliche Erfolge im Kampf gegen Diskriminierung vorweisen. Längst sind gleichgeschlechtliche Ehen legal, und Hassgewalt ist strafbar.

Mmapaseka Steve Letsike, stellvertretende Ministerin für Frauen, Jugend und Menschen mit Behinderungen, unterstrich in ihrer Eröffnungsrede zur ILGA-Konferenz, dass Homosexualität in Afrika in vorkolonialer Zeit vielerorts toleriert wurde und die Kriminalisierung eine koloniale Erfindung

„Lehrergewerkschaften haben eine Schlüsselrolle, wenn es um Menschenrechtsbildung und Toleranz gegenüber Minderheiten geht.“

sei. Damit bezog sie auch gegenüber homophoben Politikern auf dem Kontinent Stellung. Der Kampf für die Verbesserung der LGBTIQ-Menschenrechte werde nicht nur von einer Gruppe geführt, sagte Letsike. Er sei ein Anliegen der ganzen Gesellschaft, ein Kampf um Gerechtigkeit und Würde aller Menschen. Sie lobte insbesondere die Arbeit südafrikanischer Gewerkschaften, die zur Überwindung sozio-ökonomischer Probleme beitragen und sexuelle Minderheiten inkludieren.

Die Konferenz bot mehr als 150 Gewerkschaftsvertreter*innen von allen Kontinenten eine Plattform zum Austausch, um Arbeitsrechte und die Rechte sexueller Minderheiten



Proteste gegen das ugandische Anti-Homosexualitätsgesetz vor dem ugandischen Hochkommissariat in Pretoria, Südafrika, 2023.

auf allen Ebenen besser zu verbinden. Lehrgewerkschaften haben eine Schlüsselrolle, wenn es um Menschenrechtsbildung und Toleranz gegenüber Minderheiten geht. Einige gewerkschaftlich organisierte Lehrkräfte aus den früheren Siedlerkolonien Südafrika und Kanada berichteten, wie sie durch Dialog homophobe Vorurteile bei Schuldirektor*innen und Eltern abbauen und zu einem inklusiven Klima in Schulen beitragen. Dort könnten sie dann auch selbst stressfreier arbeiten.

INTERNATIONALE EBENE

Die Konferenz fördere den Aufbau von Allianzen zwischen unterschiedlichen Bewegungen und echte Solidarität, unterstrich Julia Ehrh, geschäftsführende Direktorin von ILGA World. Widerstand und Courage seien notwendig, um Anti-Gender-Bewegungen und deren Angriffe auf Menschenrechte etwas entgegenzusetzen. „Konservative und religiöse Anführer versuchen, das Leben von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen (LGBTI) zu beschränken, entweder durch Diskriminierung oder durch Kriminalisierung, oder indem sie Vorurteile und Stereotype gegen Gemeinschaften fördern, denen ILGA World verbunden ist. (...) Wenn man Teil des gesellschaftlichen Mainstreams ist, ist Autoritarismus vielleicht nicht so beängstigend. Wenn man zu einer Minderheit gehört, sei

es eine geschlechtliche, sexuelle oder ethnische Minderheit, dann ist der Autoritarismus möglicherweise sogar lebensbedrohlich“, sagte Ehrh.

Viele Teilnehmende waren sich einig, dass homo- und transphobe Hetze nur der Anfang ist, um Menschenrechtsarbeit und die Zivilgesellschaft insgesamt zu schwächen. Mittel- und langfristiges Ziel der Anti-Gender-Bewegungen sei der Aufbau autoritärer und repressiver Regime.

Auf der Konferenz wurde auch thematisiert, dass Frauenrechtsaktivistinnen immer häufiger ins Visier geraten, weil sie für Selbstbestimmung und die Entscheidungsmacht über ihre eigenen Körper kämpfen. Zudem prangern sie sexualisierte und häusliche Gewalt an. Darüber sehen Vertreter*innen von moralisierenden Anti-Gender-Organisationen und deren Finanziers aber hinweg, da sie konservative und patriarchale Familienmodelle idealisieren.

Der UN-Experte für die Rechte von sexuellen Minderheiten, Graeme Reid, hatte kurz vor der Konferenz eine Studie dazu veröffentlicht. Er erläuterte: „Staatliche und nicht-staatliche Akteure versuchen, Meinungsfreiheit, friedliche Versammlungen und Vereinigungen einzuschränken. Vielfach zielt das direkt auf LGBT-Menschen ab. (...) Doch die

Beschränkungen reichen weit darüber hinaus, denn sie betreffen Menschen, die sich mit LGBT-Gruppen solidarisieren und mit ihnen Allianzen oder Koalitionen bilden, um auf Unterdrückungsstrukturen insgesamt zu reagieren.“ Es gehe also keineswegs nur um einen Kulturkampf christlicher oder islamischer Fundamentalisten, sondern um Menschenrechte, plurale Gesellschaften und partizipative Demokratie.

NACHKRIEGLÄNDER ALS TESTFELDER

Im Visier homophober Agitator*innen, Menschenrechts- und Demokratiegegner*innen sind vor allem Nachkriegsländer, in denen jahrelange, oft ungestrafte Gewaltexzesse massive soziale Verwerfungen verursacht haben. Politisch einflussreiche Prediger und Propagandisten agitieren dort gegenüber Regierenden, damit Gesetze gegen Homosexuelle weiter verschärft werden. Vielerorts stammen solche Gesetze noch aus der Kolonialzeit. Während der ILGA-Konferenz kritisierten Aktivist*innen, dass sie trotz antikolonialer Rhetorik nach der politischen Unabhängigkeit nie abgeschafft worden seien.

Das nutzen neue selbsternannte „Gotteskrieger“ aus. Beispielhaft dafür ist Uganda, wo die inzwischen drakonische Kriminalisierung von Homosexuellen auf fanatische US-amerikanische Evangelikale zurückzuführen ist. Interessenvertretungen von sexuellen Minderheiten mussten ihre Arbeit einstellen, auch in ihren Wohnungen sind viele nicht mehr sicher.

Auf der Konferenz sprach auch ein Aktivist aus Afghanistan, dem nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen die Flucht außer Landes gelungen war. Wie er berichtete, können afghanische Homosexuelle auf den gefährlichen Fluchtrouten nicht mit der Unterstützung europäischer Staaten rechnen – wenngleich letztere das neue Talibanregime rhetorisch verurteilen. Die Taliban terrorisieren indes keineswegs nur sexuelle Minderheiten, sondern berauben auch Frauen und Mädchen grundlegender Rechte. Als Zeichen der Solidarität mit Afghan*innen forderten etliche Konferenzteilnehmende umgehendes Handeln, vor allem von Regierungen, die sich als Frauen- und Menschenrechtsanwältinnen verstehen.

Link

<https://worldconference.ilga.org/programme/>



RITA SCHÄFER

ist freiberuflich tätige
Afrikawissenschaftlerin.

genderinafrica@web.de

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als
D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu
ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 18.12.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalişkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM, Chefredakteur, inhaltlich verantwortlich), Eva-Maria Verfürth (EMV, Redakteurin, ab Januar 2025 Chefredakteurin), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner (JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin), Dagmar Wolf (DW, Assistentin)
Freiberufliche Mitarbeit: Patricia Urban (Layout und Gestaltung), Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS, Kolumne Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Anabell Krebs, Lisa Stein, Patricia Urban

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Kampf gegen die Kriminalisierung von Suizidversuchen in Kenia

Kenia gehört zu den wenigen Ländern, in denen versuchter Suizid noch als Straftat gilt. Eine Petition fordert nun eine Gesetzesänderung – Menschen in Krisen sollten nicht bestraft werden, sondern Hilfe bekommen.

VON JOSEPH MAINA

In Kenia wird erneut über die Frage debattiert, ob Suizidversuche weiterhin strafbar sein sollten. Im Mittelpunkt steht ein umstrittenes Gesetz, das den Versuch, sich das Leben zu nehmen, unter Strafe stellt. Nach kenianischem Gesetz wird jeder Selbstmordversuch als Vergehen bewertet und mit bis zu zwei Jahren Haft, einer Geldstrafe oder beidem geahndet.

Im August 2024 reichte eine Gruppe von Aktivist*innen unter dem Namen „Decriminalisation of Attempted Suicide“ beim Parlament eine Petition mit der Forderung ein, das Gesetz zu ändern. Der Initiator der Petition, Lukoye Atwoli, Professor für Psychiatrie an einer örtlichen Universität, erklärt darin, dass die Kriminalisierung von Suizidversuchen nicht nur die zugrunde liegenden psychischen Gesundheitsprobleme ignoriere, sondern auch das Stigma und die Scham im Umgang mit psychischen Erkrankungen verstärke.



„Die Frage bleibt, wie stark der Staat in das Recht eines Menschen eingreifen sollte, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen – auch die über Leben und Tod.“

Laut den Aktivist*innen steht das Gesetz im Widerspruch zu einer anderen Vorschrift, nach der Personen mit psychischer Erkrankung unter anderem „suizidale Gedanken oder Verhaltensweisen“ aufweisen. „Solange Suizid als Straftat gilt, ist es außerdem schwieriger, genaue Daten zu sammeln und Suizid vorzubeugen“, betont Atwoli.

Er kritisiert, dass Kenia eines der wenigen Länder sei, in denen Suizidversuche immer noch gesetzlich bestraft werden. Viele andere Länder hätten diese Regelung bereits abgeschafft. Dort sei es Menschen mit psychischen Erkrankungen möglich, ohne Angst vor einer Strafe die Hilfe zu bekommen, die sie brauchen.

RECHT AUF GESUNDHEITSVERSORGUNG

„Das Gesetz steht weiterhin im Widerspruch zu Artikel 43 der Verfassung, wonach jede Person das Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung hat. Dazu gehört auch der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, einschließlich der reproduktiven Gesundheitsversorgung, und dass niemand im Notfall von einer Behandlung ausgeschlossen werden darf“, erklärt Atwoli.

Die Diskussion hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Einige begrüßen die Petition als Schritt in die richtige Richtung. Kritiker*innen verweisen auf moralische und religiöse Gründe, weshalb Suizid verboten bleiben sollte.

Die Frage bleibt, wie stark der Staat in das Recht eines Menschen eingreifen sollte, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen – auch die über Leben und Tod. Es lässt sich argumentieren, dass der Staat Suizidversuche nicht bestrafen, sondern in bessere Lebensbedingungen investieren sollte.

Die Gründe für Suizid in Kenia sind vielfältig und oft mit den Schwierigkeiten des Alltags verbunden – finanzielle

Probleme, sozialer Druck und andere Umweltfaktoren, bei denen der Einfluss von Regierung und Gesellschaft groß ist. Die Regierung ist deshalb mitverantwortlich, wenn ihr Versäumnis, den Lebensstandard anzuheben, Menschen in drastische Entscheidungen wie Suizid treibt.

Einige Aktivist*innen fordern die kenianische Regierung auf, dem Beispiel von Ländern wie dem Vereinigten Königreich zu folgen. Dort ist der Suizidversuch seit 1961 entkriminalisiert. Ebenso wies ein Teil der Parlamentarier*innen darauf hin, dass ein Suizidversuch eine Form einer psychischen Erkrankung sei, die die Weltgesundheitsorganisation als Krankheit eingestuft hat.

„Das ganze Thema ist sehr komplex, weil wir nicht genau wissen, warum Menschen Suizid begehen. Statt Menschen in Not zu bestrafen, sollten wir ihnen eine professionelle medizinische Behandlung ermöglichen. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, um alle psychologischen Kenntnisse und Methoden einzusetzen, um die mit der psychischen Gesundheit und den Selbstmorden verbundenen Übel zu beseitigen“, sagt Parlamentarier Julius Sunkuli.

In Kenia und vielen anderen Teilen der Welt ist es dringend notwendig, die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen zu bekämpfen. Die Regierung muss mehr für die Aufklärung der Gemeinschaften tun, damit Menschen mit psychischen Problemen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.

Wenn Sie darüber nachdenken, sich das Leben zu nehmen, sprechen Sie mit Freunden oder Familienangehörigen darüber, und suchen Sie sich professionelle Unterstützung. In Deutschland ist beispielsweise die Telefonseelsorge Tag und Nacht erreichbar unter den Nummern **0800 1110111 oder **0800 1110222**.**

Internationale Suizidhotlines finden sich hier: <https://blog.opencounseling.com/suicide-hotlines/>



JOSEPH MAINA
ist freier Autor aus
Naivasha, Kenia.

mainajoseph166@gmail.com

KONFLIKTREGION

Stärkung lokaler Gemeinschaften

Die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) ist verheerend. Gründe dafür sind der lang anhaltende Bürgerkrieg, die Auswirkungen des Klimawandels und eine dysfunktionale Wirtschaft. Umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken würden lokale Gemeinschaften besser befähigen, Ernährungsicherheit zu erreichen.

VON JEAN MASEMO



Foto: picture-alliance/AA/Augustin Wamenya

Humanitäre Hilfe ist keine langfristige Lösung: Hilfslieferungen in Süd-Kivu im Mai 2023.

Die DR Kongo steckt in einer anhaltenden Krise, die durch bewaffnete Konflikte im Osten des Landes verschärft wird. In den vergangenen Jahrzehnten war die Gewalt oft verheerend. Die humanitäre Lage ist sehr schlecht, und Ernährungsunsicherheit besteht fort. Die verschiedenen Interventionen zivilgesellschaftlicher Organisationen reichen nicht aus, weil Koordinierung auf nationaler Ebene fehlt.

Zudem beeinträchtigen zunehmende Klimawandelfolgen und eine dysfunktionale Wirtschaft die Ernährungssicherheit. Die landwirtschaftliche Produktion ist schwach und wird nicht durch geeignete politische Maßnahmen unterstützt. Landwirt*innen profitieren außerdem kaum von Infrastruktur – weder von physischer noch institutioneller, wie etwa Finanzdienstleistungen.

Zu viele Menschen auf lokaler Ebene haben die Hoffnung aufgegeben. Sie glauben nicht, dass sie der Armut entkommen können. Laut IJED, der forschungsorientierten zivilgesellschaftlichen Organisation, die ich leite, sind jedoch sinnvolle Maßnahmen möglich.

Es ist entscheidend, vergangene Fehler zu korrigieren, insbesondere die Zerstörung von Ökosystemen. Ökologischen Herausforderungen müssen wir begegnen, indem wir geeignete landwirtschaftliche Praktiken entwickeln und umsetzen. Diese müssen vielfältig und nachhaltig sein. Agroforstwirtschaft ist dabei Teil der Lösung. Wir sind überzeugt, dass Ernährungssysteme, die auf agrarökologischen Prinzipien basieren, den Menschen besser dienen und gleichzeitig zur Konfliktreduzierung beitragen werden.

Diese Themen verdienen unmittelbare Aufmerksamkeit:

- Lokale Gemeinschaften brauchen Saatgut für schnell wachsende und klimaresistente Pflanzen. Kurze Wachstumszeiten verbessern die Ernährungssicherheit – solange Klimaschäden nicht zu groß werden.
- Gemeinschaftsgärten für den Anbau von Gemüse und Obst sind wichtig. Polykulturen und der Einsatz von kompostiertem Biodünger tragen zu deren Resilienz bei.
- Für den Schutz von Boden und Wasser muss mehr getan werden. Anbaumethoden sollten Erosion verhindern. Zudem müssen Praktiken gefördert werden, die die Bodenfeuchtigkeit erhalten und andere Aspekte der Bodenfruchtbarkeit unterstützen.
- Die DR Kongo braucht einen integrierten Ansatz zur Schädlingsbekämpfung, der biologische Methoden priorisiert.

Natürliche Organismen, die Schädlingspopulationen unter Kontrolle halten, sind chemischen Pestiziden vorzuziehen, da Letztere nicht nur teuer sind, sondern auch der Bodengesundheit schaden. Umweltfreundliche Fallen sollten eingesetzt werden, um schädliche Insektenpopulationen zu reduzieren.

- Agroforstwirtschaft ist dringend notwendig. Schnell wachsende Bäume bieten unmittelbare Vorteile, etwa Schatten, stabilere Böden und Nahrung.
- Bei der Viehzucht verdienen Kleintiere mehr Aufmerksamkeit. Ziegen und Hühner sind robuste Tiere, die proteinreiche Nahrung liefern, aber nur wenige Ressourcen benötigen.
- Die DR Kongo braucht eine Sensibilisierungskampagne, damit viele Menschen die neuen Praktiken schnell übernehmen. Netzwerke, in denen sich lokale Gemeinden solidarisch über erfolgreiche Ansätze austauschen können, sind essenziell.

Angesichts der humanitären Probleme der DR Kongo wird konventionelle Hilfe niemals ausreichen. Wir brauchen neue Ansätze in der Landwirtschaft. Es gilt, ein neues Gleichgewicht zu finden, damit wir im Einklang mit der Natur leben können. Das muss schnell geschehen und Bestand haben. Dafür müssen wir Bedürfnisse, Wissen und Wünsche lokaler Gemeinschaften berücksichtigen – das gilt auch für die Agrarforschung.

Die Arbeit hat begonnen. Bei IJED kooperieren wir mit anderen, um Dörfer zu erreichen. Wir befürworten einen umfassenden und koordinierten Ansatz, doch können wir diesen nicht allein mit unseren Partnern umsetzen. Die politischen Entscheidungstragenden in der DR Kongo müssen Verantwortung übernehmen, ebenso wie ihre Gegenüber aus den etablierten Geber- und Schwellenländern.



JEAN MASEMO

ist der Generaldirektor der zivilgesellschaftlichen Organisation IJED, die in Süd- und Nord-Kivu in der DR Kongo tätig ist. IJED steht für Initiative des Jacobins Éleveurs pour le Développement – Initiative der jakobinischen Züchtern für Entwicklung.

ijedasbl@yahoo.fr
ijed-rdc.org



Hochwasser
in einem Slum
in Kalkutta.

Foto: picture-alliance/Pacific Press/Arka Dutta

KLIMAKRISE

Es wird ständig schlimmer

*Eine indische Studentin artikuliert ihre Klimasorgen.
Die Auswirkungen auf ihr Heimatland sind bereits heftig.*

VON IPIL MONICA BASKI

In den vergangenen Jahren gab es in Kalkutta ungewohnte Hitze und längere Sommer. Die Temperatur stieg auf die Rekordhöhe von 46 Grad Celsius. Als ich im März das Gelände der Jadavpur University betrat, waren Kommiliton*innen schweißgebadet. Der Campus ist wegen vieler Bäume eigentlich zwei Grad kühler als die Stadt, aber alle klagten über die Hitze. Allen war klar, dass es wegen des ungebremsten Klimawandels noch schlimmer werden wird. Der Großraum Kalkutta hat mit seinen rund 20 Millionen Menschen riesige ökologische Probleme. Im Monsun waren manche Nachbarschaften schon immer überflutet, aber mittlerweile sorgen plötzliche Regenfälle für mehr und schlimmere Hochwasser. Die Slums sind besonders

betroffen. Immer wieder verlieren arme Familien Heim und Habseligkeiten. Hitze und Extremwetter erweisen sich auch immer wieder als tödlich, aber es gibt darüber keine zuverlässige Statistik.

Kalkutta wuchs in und nach der Kolonialzeit lange ohne richtige Stadtplanung. Diese begann ernsthaft erst in den 1970er-Jahren, als es schon sehr schwierig war, nachträglich für die Millionenstadt noch eine ausreichende Infrastruktur zu schaffen. Offensichtlich mangelt es weiterhin an Kapazitäten, um die wachsenden Umweltprobleme in den Griff zu kriegen. Das ist in anderen indischen Städten ähnlich.

Große Probleme gibt es auch im ländlichen Raum. Extremwetter vernichten Ernten. Zugleich macht unregelmäßig gewordener Regen etablierte Agrarpraktiken unmöglich. Die ländliche Infrastruktur ist generell auch in einem schlechteren Zustand als die städtische. Besonders leiden, wie immer, die Armen.

Ich gehöre zu den Santals, einem Adivasivolk. In ganz Südasien leben Adivasi seit Jahrhunderten in Harmonie mit der Natur, wobei sie Wälder, Berge und Feuchtgebiete schützten. Je mehr Land zu Feldern gemacht und für andere angeblich moderne Zwecke verwendet wurde, desto mehr litten unsere Völker an Marginalisierung.

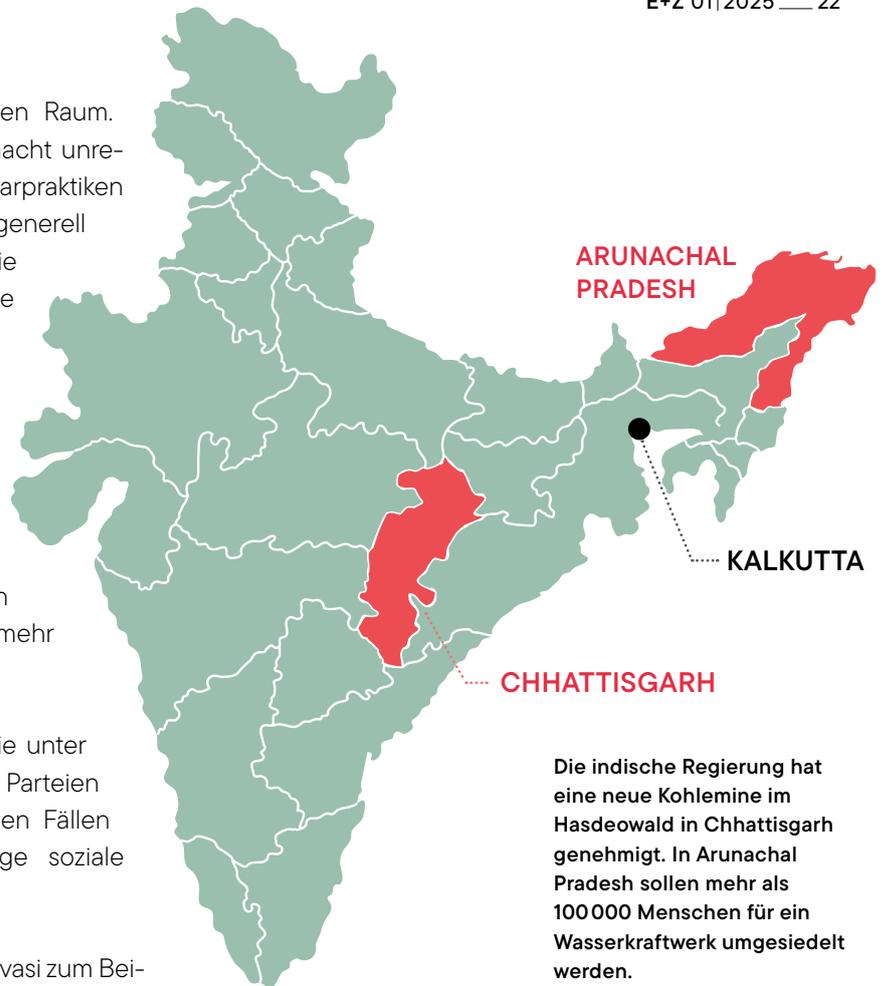
Die Konflikte halten an. Mancherorts sind sie unter einer Folge von Regierungen verschiedener Parteien zu Bürgerkriegsszenarien eskaliert. In solchen Fällen überschattet Gewaltberichterstattung riesige soziale und ökologische Missstände.

Im Bundesstaat Chhattisgarh wehren sich Adivasi zum Beispiel dagegen, dass große Wälder dem Kohlebergbau weichen sollen. Die indische Regierung hat vor Kurzem eine riesige neue Mine im Hasdeowald genehmigt. In ihm leben 20000 Adivasi. Sie verehren den Wald und hängen von ihm ab. Die Regierung behauptet, die Kohle werde Indiens Abhängigkeit von Energieimporten senken, vernachlässigt aber, dass es sich um einen besonders schädlichen fossilen Brennstoff handelt.

Vermeintlich saubere Energieprojekte können auch zulasten von Adivasi gehen. Im Bundesstaat Arunachal Pradesh soll der Fluss Siang für ein riesiges Wasserkraftwerk gestaut werden. Das historische Land der Adi, eines Adivasivolks, soll dafür geflutet werden. Mehr als 100000 Menschen leben dort. Es überrascht nicht, dass gegen das Vorhaben seit 15 Jahren entschlossen protestiert wird.

Die arme Landbevölkerung hat selten großen politischen Einfluss. Für Minderheiten gilt das besonders. Das ist ein wichtiger Grund für Landschaftszerstörung, Vertreibung und die Missachtung der Rechte von Adivasi.

Indien muss sich über die politischen Prioritäten klar werden. Wir stehen vor gewaltigen sozialen und politischen Problemen. Sie werden weiter wachsen, wenn wir nicht auf die Umwelt achten. Die Klimakrise verschärft Armut und Ungleichheit. Ganze Landstriche trocknen aus, während anderswo fruchtbare Böden erodieren.



Die indische Regierung hat eine neue Kohlemine im Hasdeowald in Chhattisgarh genehmigt. In Arunachal Pradesh sollen mehr als 100 000 Menschen für ein Wasserkraftwerk umgesiedelt werden.

Indien ist immer noch relativ arm, hat aber wenig zum Treibhauseffekt beigetragen. Vielen jungen Menschen ist dennoch klar, dass wir das destruktive Modell westlicher Konsumgesellschaften nicht kopieren können. Mehr Klimaanlagen, mehr Autos und mehr Plastikmüll werden die globale Umweltkrise weiter verschärfen, aber nicht zur Lösung beitragen.

Die globale Erwärmung droht uns nicht erst in der Zukunft. Wir erleben sie bereits, und sie wird ständig schlimmer. Regierungen weltweit müssen endlich aufwachen – und das gilt auch für die indische.



IPIL MONICA BASKI

studiert Anglistik an der Jadavpur University in Kalkutta.

ipilbaski16001@gmail.com

DEBATTE UM DEUTSCHE EZ

Belegter Nutzen

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit nutzt sowohl den Empfängerländern als auch der Wirtschaft hierzulande, wie neue wissenschaftliche Daten belegen. Solche Argumente verdienen in der gegenwärtigen Diskussion um die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit mehr Beachtung.

VON NICOLAI TUST

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steigert die Warenexporte deutscher Unternehmen. Dies ist das Ergebnis einer Analyse von Forschenden der Universität Göttingen, die von der KfW publiziert wurde. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2023 war jeder für die bilaterale EZ ausgegebene Euro mit zusätzlichen deutschen Warenausfuhren in die Empfängerländer um 36 Cent verbunden. In absoluten Zahlen betrug dieser Exporteffekt durchschnittlich 8,8 Milliarden Dollar pro Jahr. Darin noch nicht enthalten sind – mangels verfügbarer Daten – die grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Die Autor*innen haben errechnet, dass sich fast 90000 Arbeitsplätze in der deutschen Industrie dem durch die EZ stimulierten Außenhandel verdanken.

Den Effekt begründen die Wissenschaftler*innen in erster Linie mit steigenden Einkommen in den Empfängerländern und dadurch ausgelöster zusätzlicher Nachfrage. Sie verweisen aber auch auf das durch die Zusammenarbeit geförderte Wohlwollen und gute Beziehungen: Die Pflege internationaler Partnerschaften stärkt auch wirtschaftliche Verflechtungen.

Grundlage ist ein von den Göttinger Forschenden erarbeitetes Modell, das bereits 2016 in einer Studie veröffentlicht wurde. Die jetzt vorgestellten Zahlen sind das Ergebnis einer Neuberechnung mit aktuellen Daten anhand dieser Methodik.

VIELFÄLTIGER NUTZEN VON ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die KfW versteht die Entwicklungszusammenarbeit nicht primär als Wirtschaftsförderung. Aber im Kontext der teilweise polemisch geführten Diskussion über Sinn und

„Die Aufgabe für die EZ-Kommunikation lautet: einem breiteren und kritischeren Publikum darzulegen, dass Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer und manifeste, auch wirtschaftliche Eigeninteressen kein Widerspruch sind, sondern Hand in Hand gehen können.“

Zweck der EZ (und über die sprichwörtlichen, von der KfW finanzierten Radwege in Peru) ist es wichtig zu zeigen, dass die Wirkungen dieses Engagements mehrdimensional sind. Es geht nicht darum, zwischen altruistischer Weltverbesserung und egoistischer Interessenpolitik zu wechseln. Internationale Kooperation nutzt, wenn sie richtig ausgestaltet ist, den Interessen aller Beteiligten.

Für kaum ein anderes Land gilt dies mehr als für Deutschland, dessen wirtschaftlicher Erfolg seit Langem auf globalen Verflechtungen beruht, ebenso wie seine Sicherheit. Die EZ-Organisationen sollten daher herausstreichen, dass der Einsatz für eine globale nachhaltige Entwicklung und die Stabilisierung von Wohlstand und Frieden in Deutsch-



EZ-Investitionen in städtischen Nahverkehr – wie die Metro in Lima – wurden stark kritisiert, ziehen aber Aufträge auch für deutsche Unternehmen nach sich.

land zwei Seiten derselben Medaille sind. In einer Welt, in der offene grenzüberschreitende Systeme immer stärker infrage gestellt werden und internationale Austauschbeziehungen zu zerreißen drohen, wird dies mehr und mehr offensichtlich.

Diese Argumente werden erfreulich gut aufgenommen. Mehrere Medien haben über die neuen Daten berichtet, durchweg mit positivem Tenor. Wer in den ersten Monaten dieses Jahres in X, YouTube und TikTok eintauchte – oder auch manche politischen Debattenbeiträge verfolgte –, konnte leicht den Eindruck gewinnen, die Mehrheit der Deutschen wollte aus der EZ am liebsten vollständig aussteigen. Aber die Lautstärke einzelner Wortmeldungen macht diese nicht repräsentativ.

ZWEIFEL AN NUTZEN DER ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT MIT FAKTEN BEGEGNEN

Demoskopische Studien wie der DEval-Meinungsmonitor belegen, dass weiterhin deutlich über 50 Prozent der Bevölkerung ein staatliches EZ-Engagement grundsätzlich befürworten. Gleichzeitig gibt es weitverbreitete Zweifel an der Wirksamkeit und dem Nutzen dieser Ausgaben. Und die Präferenzen für die Ziele, die mit EZ angestrebt werden sollten, sind durchaus unterschiedlich. Die eine, für alle Zielgruppen überzeugende Botschaft gibt es nicht.

Die Aufgabe für die EZ-Kommunikation lautet daher: einem breiteren und kritischeren Publikum darzulegen, dass Unterstützung für Entwicklungs- und Schwellenländer und manifeste, auch wirtschaftliche Eigeninteressen kein Widerspruch sind, sondern Hand in Hand gehen können. Daten und Fakten wie die Göttinger Berechnungen zu den Exporteffekten der deutschen EZ sind dafür ein starkes Instrument.



NICOLAI TUST
ist Abteilungsdirektor
Kommunikation bei der
KfW Entwicklungsbank.

info@kfw-entwicklungsbank.de



E+Z jetzt auch als App!

Mit unserer neuen App haben
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: dandc.eu/de/app



WIRTSCHAFT NACHHALTIG ENTWICKELN

Wie Wachstum wirkt



„Over-the-Counter“ von Taabu E Munyoki, Teil der konsumkritischen Ausstellung MORE IS MORE in Nairobi, Kibera Arts District.

Foto: HOF Gallery Kibera / staff photo

EDITORIAL

Kapitalistische Hybris

Wenn ein System seine Umwelt zerstört, vernichtet es sich selbst. Die Menschheit ist dabei, das zu tun. Grundsätzlich könnte vernünftig regulierter Kapitalismus nachhaltig gestaltet werden. Ungezügelter Kapitalismus fördert dagegen kurzfristige und egoistische Entscheidungen. Sie erleichtern auch den Aufstieg von Oligarchen. Freie Märkte tendieren nicht zum Gleichgewicht, sondern sie vermachten über mehrere Konjunkturzyklen. Schließlich unterliegen sie der Kontrolle derjenigen, die sich im Wettbewerb durchsetzen. Öffentliche Güter wie Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit kommen dabei zu kurz.

Folglich spiegelt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das auf der statistischen Erfassung aller Geldzahlungen eines Landes in einem Jahr beruht, die Lebensqualität nicht sinnvoll wider. Verteilungsfragen sind wichtig. Dabei bedeuten selbst hohe Gesundheitsausgaben mitnichten gute soziale Sicherung. Wenn das Gesundheitswesen teuer, aber schlecht organisiert ist, fließen seine Kosten ins BIP ein, obwohl Kranke von besseren Dienstleistungen mehr hätten oder dank eines gesünderen Lebensstils weniger davon brauchen könnten. Möglicherweise bleiben auch viele Menschen von der Versorgung ausgeschlossen. Auch Umweltschäden steigern oft das BIP, wenn etwa ihre Behebung oder Linderung Geld kostet.

Solche Erwägungen führten das UN-Entwicklungsprogramm 1990 dazu, den Human Development Index (HDI) einzuführen. Er stützt sich nicht nur auf das BIP, sondern auch auf Gesundheits- und Bildungsindikatoren (wie Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate zum Beispiel). Ziel war, Aufmerksamkeit auf öffentliche Güter zu lenken.

Der HDI ist sinnvoll, ist aber nicht zur gebräuchlichen Messlatte des wirtschaftlichen Erfolgs geworden. In den vergangenen Jahren hat das Interesse an dieser Frage sogar abgenommen. Als die Investmentbank Lehman Brothers 2008 insolvent wurde, interessierte sich die Volkswirtschaftslehre dafür, aber in der folgenden Finanzkrise ging der Schwung wieder verloren. Bizarrenweise orientieren sich Politik und öffentliche Meinung immer noch vor allem am BIP.

Selbst die Diskussion über ökologische Nachhaltigkeit wird zunehmend absurd. Protagonist*innen künstlicher Intelligenz (KI) sagen, Klimafragen seien so komplex, dass nur

Computerprogramme überzeugende Lösungen finden könnten. KI frisst aber viel Energie, so dass Silicon-Valley-Größen nun neue Atomkraftwerke bauen lassen. Selbstverständlich wissen sie nicht, wie sie radioaktiven Müll jahrhundertlang sicher lagern sollen.

Das Oligarchentum missversteht wichtige Dinge systematisch. Die Legitimität politischer Entscheidungen hängt nicht davon ab, dass sie besonders schlau sind. Wichtiger ist, dass sie in ernsthafter politischer Auseinandersetzung aller relevanten Interessengruppen entstehen. Dann erscheinen sie einer großen Mehrheit von Menschen plausibel und dienen wahrscheinlich wirklich dem Gemeinwohl. Wir brauchen auch keine KI, die uns sagt, wie die globale Umweltkrise zu meistern ist. Es ist klar, dass wir zu viel Energie und zu viele andere Ressourcen verbrauchen. Was fehlt, ist der Wille, entsprechend zu handeln.

Das Oligarchentum interessiert sich primär gar nicht für das Klima. Es will mit neuen Hightech-Geschäftsmodellen seine Macht vertiefen. Superreiche denken ohnehin, sie wüssten alles besser, weshalb alle anderen ihnen folgen müssten. Im Zweifel beraten sie sich nicht mit anderen Interessengruppen. Sie bauen auf KI-Programme, die ihre Firmen geschaffen haben. Es nimmt zu, dass oligarchische Stimmen einen schlankeren Staat fordern, obwohl sie selbst von staatlichen Aufträgen, Subventionen und Rettungspaketen abhängen. Das mit Abstand extremste Beispiel ist der reichste Mann der Welt und Donald-Trump-Verbündete Elon Musk. Der einzige ist er nicht.

Wir leben im Zeitalter des hybristischen Kapitalismus. Das altgriechische Wort Hybris lässt sich als Blindheit durch Größenwahn zusammenfassen. Manche der wichtigsten Wirtschaftsagierenden sind so von sich selbst und ihren Investitionsideen eingenommen, dass sie alles andere nur als Hindernis wahrnehmen. Der Fokus auf Geldtransaktionen statt auf wirkliche Lebensqualität nutzt ihnen. Derweil erleben wir das schlimmste Marktversagen der Geschichte: Unsere Spezies zerstört den Planeten, auf den wir angewiesen sind.



HANS DEMBOWSKI

war von Januar 2004
bis Dezember 2024 Chef-
redakteur von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

WACHSTUMSMODELLE

Stark wachsen, aber grün

Afrikas Entwicklung braucht wirtschaftliches Wachstum, aber wenn es dem westlichen Modell folgt, werden die ökologischen Folgen katastrophal sein.

Das Konzept eines starken grünen Wachstums schafft einen Ausgleich zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit, erklärt Chukwumerije Okereke, Professor für Global Governance und Public Policy an der Universität Bristol.

CHUKWUMERIJE OKEREKE IM INTERVIEW MIT KATHARINA WILHELM OTIENO

In Ihrem Papier lehnen Sie Degrowth und grünes Wachstum für Afrika ab und plädieren stattdessen für „starkes grünes Wachstum“. Können Sie das Konzept erklären?

Zunächst gilt es den Unterschied zu verstehen zwischen Degrowth und grünem Wachstum. Ich habe eine gewisse Sympathie für Degrowth, weil das Konzept zum Ausdruck bringt, dass wir kapitalistischem Wirtschaftswachstum gegenüber vorsichtig sein sollten und mehr darauf achten müssen, natürliche Ressourcen zu schützen. Leider fokussiert es aber zu sehr darauf, Wirtschaftswachstum zu mindern, während ein großer Teil der Afrikaner*innen ein erhebliches Wirtschaftswachstum benötigt, um ein würdiges Leben zu führen, das die grundlegenden Bedürfnisse erfüllt.

Ich verstehe, dass manche fürchten, grünes Wachstum werde zum Vorwand für „business as usual“ – aber so muss das nicht sein. Es gibt verschiedene Formen von grünem Wachstum. Ich befürworte eine starke grüne Wirtschaft, die einen Fokus auf Innovation ermöglicht und Wirtschaftswachstum von Umweltfolgen entkoppelt. Zugleich erreicht eine solche Wirtschaftsform das Maß an Wachstum, das die Mehrheit Afrikas braucht, um ein gutes Leben führen zu können.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich unterstütze kein grünes Wachstum ohne Gerechtigkeit – das ist zum Beispiel der Fall, wenn Afrika mit billigen und schlechten Solarprodukten überflutet wird oder Gemeinschaften zugunsten von Projekten für erneuerbare Energien vertrieben werden.

Ich unterstütze auch kein ungebremstes Wirtschaftswachstum mit all seinen Folgen für Umwelt und Klima. Aber ich glaube eben nicht, dass weniger Wachstum die einzige Lösung ist. Ich plädiere für ein starkes grünes Wachstum, das besonders Entwicklungsländern Wachstum ermöglicht.

Sie sagen, Degrowth könnte die Armut in Ländern mit niedrigem Einkommen verschärfen. Wie könnte das in Afrika aussehen?

Wir brauchen mehr Wachstum, um die afrikanische Bevölkerung überhaupt zu ernähren. Etwa 429 Millionen Menschen lebten 2024 in Afrika in extremer Armut. Bis 2050 wird es voraussichtlich bis zu 105 Millionen Klimaflüchtlinge aus Afrika geben. Wie soll Afrika seine Bevölkerung ernähren, die Umwelt schützen, Strom, fließendes Wasser und effiziente Krankenhäuser bereitstellen, Universitäten und andere Einrichtungen für Forschung und Innovation bauen oder ausstatten, wenn die Wirtschaft nicht wachsen darf?

Einige Degrowth-Fachleute sagen, man könnte vielleicht Afrika wachsen lassen, sollte aber das Wachstum in den reicheren Ländern einschränken. Das klingt theoretisch gut, wird aber praktisch sehr schwierig werden, weil wir in einer globalisierten Welt leben. Wenn die reichen Länder das Wachstum drosseln, wohin kann Afrika dann seine Rohstoffe verkaufen, um Geld für Entwicklungsinvestitionen zu erwirtschaften?

Die bittere Wahrheit ist, dass der Trend im Westen hin zu populistischen Bewegungen geht. Viele rechtsextreme

Parteien sind bereits in Regierungen. Das bedeutet, dass die Länder sich wieder auf sich selbst beziehen – Solidarität zählt weniger und Nationalismus nimmt zu. Von einer echten Debatte über Degrowth sind wir dort also ohnehin weit entfernt, und Afrika wird in jedem Fall negativ betroffen sein.

Wird Degrowth auch soziale Ungleichheit in reicheren Ländern vergrößern?

Einige Fachleute glauben, Degrowth bringe mehr Gleichheit. So ist es aber nicht. Wie bei einem globalen Degrowth-Szenario – das Afrika als bereits marginalisierten Kontinent stärker treffen würde – trügen in Ländern mit hohem Einkommen die Ärmere die Last. Es ist wichtig zu verstehen, dass Degrowth- oder Wachstumsszenarien sich von Verteilungs- oder Umverteilungspolitiken völlig unterscheiden. Es braucht starke politische Maßnahmen und Institutionen, die die Umverteilung von Ressourcen und Einkommen in einem Land wie Deutschland sichern. Allein die deutsche Wirtschaft zurückzuschrauben, würde Ungleichheit nicht eliminieren. Die Reichen haben einen Vorsprung, und sie werden sich immer durchsetzen.

Wie könnte ein starkes grünes Wachstumsmodell für afrikanische Länder in der Praxis aussehen?

Viele afrikanische Länder tragen wenig zum Klimawandel bei. Eine durchschnittliche Person in Ruanda hatte im vergangenen Jahr einen Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß von 0,12 Tonnen. Damit stößt sie in 129 Jahren so viel CO₂ aus wie eine durchschnittliche Person in den USA – mit 15,52 Tonnen – in einem einzigen Jahr.

Afrika muss eigene grüne Technologien herstellen, statt zu importieren: Solarpanels in Lagos.

Wir müssen jedoch akzeptieren, dass es angesichts der Bevölkerungszahl vieler afrikanischer Länder eine Katastrophe für die Umwelt wäre, wenn Afrika das gleiche Wirtschaftswachstumsmodell wie die westlichen Länder verfolgen würde.

Ein starkes grünes Wachstum in Afrika hätte zum Ziel, die Folgen für die Ökosysteme zu minimieren und etwa dafür zu sorgen, dass es in unseren Städten sichere Fahrrad- und Fußgängerwege oder Elektrofahrzeuge im öffentlichen Nahverkehr gibt.

In einem Szenario mit starkem grünem Wachstum müsste ein großer Teil der Afrikaner*innen Strom aus erneuerbaren Quellen generieren. Afrika hat alles, was es dafür braucht, etwa Wind- und Solarenergie. Einige afrikanische Länder erzeugen auch schon viel Energie auf diese Weise. Aber es bleibt immer noch das Problem einer geringen Innovationsbasis und der Unfähigkeit, mehr Technologien für erneuerbare Energie zu produzieren.

Wer hat daran Schuld?

Das ist einer der vielen Bereiche, in dem die reichen Länder die afrikanischen Länder im Stich gelassen haben. Erstere wollen grüne Technologien als Fertigprodukte nach Afrika exportieren und Afrika zum Markt für diese machen, anstatt Innovation und Wissenstransfer vor Ort zu fördern. So erhalten sie sich einen wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber Afrika. Manche nennen das „Grüne Kolonialisierung“.



Für ein starkes grünes Wachstum braucht es aber starke Partnerschaften. Europa und der Westen allgemein müssen einsehen, dass das auch in ihrem Interesse ist. Wenn der Westen keine strategischen Partnerschaften mit Afrika eingeht, die afrikanischen Regierungen ermöglichen, ihre Position in der Wertschöpfungskette zu verbessern und einige dieser Produkte selbst herzustellen, wird dies negative Folgen haben, insbesondere für Europa:

- Die Arbeitslosigkeit in Afrika wird weiter steigen und die kleinen Boote, die das Mittelmeer überqueren, werden zu größeren Booten.
- China wird durch strategische Beziehungen in Afrika stärker Fuß fassen und Europa überholen.

Was schlagen Sie vor, damit grüne Wachstumsstrategien in Afrika tatsächlich Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit fördern?

Institutionen und Wissenschaft sind wichtig: Berichterstattung, Monitoring und Evaluation. Es braucht ein solides Buchhaltungssystem für Naturkapital, das garantiert, dass die Nutzung natürlicher Ressourcen richtig verbucht wird. Es braucht eine angemessene Preisgestaltung für Güter, die die Umweltfolgen von Prozessen und Produkten aufzeigt. Wichtig ist auch Transparenz in der staatlichen Berichterstattung über Wassernutzung, Umweltverschmutzung, CO₂-Emissionen und so weiter. Und wir brauchen starke Zivilgesellschaften, um die Regierungen unter Kontrolle zu halten.

Ihr Papier betont, wie wichtig Klimagerechtigkeit ist, um Wachstumsmodelle zu bewerten. Wie können sich afrikanische Staaten international besser für eine gerechte Klimapolitik einsetzen?

Es braucht mehr Respekt. Das Gefühl bleibt, dass Afrika immer noch bevormundet wird. Es hat ewig gedauert, bis Afrika auch nur einen Sitz in der G20 bekommen hat. Gleichzeitig müssen Zusagen Taten folgen. Die westlichen Länder sprechen von Afrika als wertvollem Partner in der internationalen Entwicklung, aber sie geben immer noch Kredite statt Zuschüsse und weigern sich, die internationale Finanzarchitektur so umzustrukturieren, dass afrikanische Länder Gelder zum gleichen Zinssatz wie reiche Länder erhalten.

Zugleich muss ich aber auch sagen, dass viele afrikanische Länder aufwachen und an ihrer Einstellung arbeiten müssen. Ihre Verantwortlichen müssen Ernsthaftigkeit zeigen – und um dies zu tun, sollten sie nicht nur zu internationalen Verhandlungen kommen und dann jammern, dass sie die Opfer sind, sondern sich als ernsthafte Reformkräfte beweisen.

Afrika ist ein Kontinent mit 54 Nationen.

Wie können politisch Verantwortliche sicherstellen, dass die Wachstumsstrategien die unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gegebenheiten berücksichtigen?

Die Strategien müssen auf mehreren Grundsätzen basieren, und jedes Land muss sie entsprechend seiner Situation, seiner natürlichen Ressourcen und seiner wirtschaftlichen Bedingungen gestalten.

Auch regionale Organisationen wie die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und die ECOWAS können hier wichtig sein, indem sie für ihre jeweiligen Regionen geltende Leitlinien aufstellen.

Welche Rolle spielen indigenes afrikanisches Wissen und lokale Praktiken bei der Gestaltung nachhaltiger und gerechter Wachstumsmodelle?

Eine große – aber nur, wenn sie anerkannt, unterstützt, gepflegt und nutzbar gemacht werden. An dieser Stelle fehlen Investitionen und Einsatz.

Mein Vater hat – wie seine Vorfahren – sein Haus im nigerianischen Igboland aus Lehm gebaut. Das ist ein klimafreundliches Kühlsystem. Warum finden wir nicht neue Wege, wie Bauleute im modernen Nigeria auf diese Praxis zurückgreifen und auf Zement verzichten können, der bei der Verarbeitung große Mengen an CO₂ freisetzt?

Es wird zu wenig darüber gesprochen, wie wir solche jahrhundertalten Praktiken nutzen können. Die afrikanischen Regierungen sind auch hier gefragt. Sie müssen erkennen, dass es bereits viele Technologien gibt, die starkes grünes Wachstum ermöglichen – sie müssen nur genutzt werden.

Literatur

Okereke, C., 2024: Degrowth, green growth, and climate justice for Africa. *Review of International Studies*. www.cambridge.org/core/journals/review-of-international-studies/article/degrowth-green-growth-and-climate-justice-for-africa/EB6660F22CC4F211424EE80723FBB40C

CHUKWUMERIJE OKEREKE

ist Professor für Global Governance und Public Policy an der School of Policy Studies der Universität Bristol.

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Wachstum, grünes Wachstum oder Degrowth?

Weil unser Planet zu kochen beginnt, wird darüber diskutiert, ob die Menschheit weiterhin Wirtschaftswachstum, nur noch grünes Wachstum oder sogar Degrowth braucht. Die Begriffe sind schwammig. Fest steht aber, dass künftige Entwicklungen nachhaltig sein müssen.

VON PRAVEEN JHA

UN-Generalsekretär António Guterres hat den Begriff vom kochenden Planeten geprägt. Tatsächlich belegen Extremwetterlagen rund um die Welt, dass die Menschheit auf gefährlichem Kurs ist. Verwandte Probleme sind das Schwinden der biologischen Vielfalt, die anschwellende Flut von Plastikmüll oder auch Wüstenbildung. Volkswirtschaften müssen sich also umstellen.

Die Begriffe „grünes Wachstum“ oder sogar „Degrowth“ für Schrumpfen fallen häufig, sind aber ungenau. Nicht einmal das Wirtschaftswachstum, das gemeinhin als Maßstab für ökonomischen Erfolg herangezogen wird, ist so präzise definiert, wie die akkuraten Prozentangaben glauben machen. Tatsächlich wird auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) absurd oft Bezug genommen (siehe Box, S. 33).

Grünes Wachstum ist nur eine Variante des gewohnten Paradigmas. Der Begriff legt nahe, wir könnten weitermachen wie gewohnt, müssten nur einige ökologische Schäden in den Griff bekommen und vielleicht sogar eliminieren. Tatsächlich müssen wir aber eine ganze Reihe von Umweltproblemen lösen. Dafür gibt es auch viele verschiedene Ansätze, die aber häufig negative Folgeprobleme oder destruktive Wechselwirkungen mit sich bringen.

Im Wirtschaftsalltag preisen sich Unternehmen gern mit Investitionen in grünes Wachstum, wenn sie irgendeines der vielen ökologischen Probleme angehen. Viele unterschiedliche Konzepte vieler verschiedener Firmen addie-

ren sich aber nicht zu einer kohärenten Strategie, um der globalen Umweltkrise wirksam zu begegnen.

WIE „NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ DEFINIERT IST

Vielen Menschen scheint grünes Wachstum gleichbedeutend mit „nachhaltiger Entwicklung“. Im Alltagsgebrauch ist letzterer Begriff zwar auch etwas schwammig, aber dahinter steht ein viel klareres Konzept. Schon vor vier Jahrzehnten wurde es als Entwicklungspfad definiert, der heutigen Bedürfnissen genügt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

So stand es im UN-Report „Our Common Future“, den die World Commission on Environment and Development unter der Leitung von Gro Harlem Brundtland 1987 veröffentlichte. Es ging dabei um den ganzen Planeten, denn der Kommission war klar, dass die Bedürfnisse armer Menschen weltweit nicht befriedigt wurden und deshalb Priorität verdienten. Das ist bis heute so.

Die Kommission erkannte auch an, dass es ökologische Grenzen menschlichen Handelns gibt. Im Gegensatz zu grünem Wachstum suggeriert nachhaltige Entwicklung nicht, dass wir uns immer mehr und immer größere Wünsche erfüllen können.

Die globale Umweltkrise, die 1987 schon zu erkennen war, hat sich seither nur verschärft. Deshalb fordern manche



**Zu viel Fleisch,
zu viel Plastik, zu
hoher Verbrauch:
Regal in europäi-
schem Supermarkt.**

Umweltaktivist*innen nun Degrowth. Sie meinen, die Umwelt sei nur zu retten, wenn Volkswirtschaften schrumpften. Dabei übersehen sie, dass so die weltweite Armut verschärft würde. In Ländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen ist die Wirtschaftsleistung nämlich zu gering, um Armut allein durch Umverteilung zu beenden. Das heißt nicht, dass es dort angesichts großer sozialer Diskrepanzen gar keine Handlungsoptionen gäbe, aber es würde den Rahmen dieses kurzen Aufsatzes sprengen, diese auszuführen. Klar ist ohnehin, dass sie nicht reichen würden, sodass Wachstum für nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern wirklich nötig ist.

In Ländern mit hohen und höheren mittleren Einkommen liegen die Dinge anders. Dort ist absolute Armut (bei der Menschen Lebensnotwendiges fehlt) de facto beseitigt, aber relative Armut (bei der Menschen weit hinter den in ihrer Gesellschaft üblichen Lebensstandard zurückfallen) nimmt zu.

Wenn es um Konsum geht, stimmen in solchen Volkswirtschaften die Degrowth-Argumente ein Stück weit. Der Lebensstil von reichen Nationen ist mit zu viel Abfall, Emissionen und Ressourcenverbrauch verbunden, um nachhaltig zu sein. Er belastet die globalen Gemeingüter in überzogenem Maße. UNICEF hat errechnet, dass die Menschheit drei Erden bräuchte, damit alle Länder den deutschen Lebensstandard genießen könnten.

DER BAU SAUBERER INFRASTRUKTUR FÜHRT ZU WACHSTUM

Dennoch ist es ein Irrtum zu glauben, es wäre umweltfreundlich, Volkswirtschaften schlicht schrumpfen zu lassen. Länder mit hohen Einkommen müssen nämlich schnell nachhaltige Infrastruktur bauen, um aus fossiler

Energie auszustiegen. Es erfordert jedoch enorme Investitionen, den Verkehr oder das Gebäudewesen klimafreundlich umzugestalten. Diese Investitionen bedeuten unweigerlich Wirtschaftswachstum.

Der Umbau muss sogar schnell geschehen. Zwei wichtige Gründe sind, dass

- Klimaschutz sofort verbessert werden muss und
- Länder mit niedrigen Einkommen erprobte Vorbilder für den Aufbau sauberer Infrastruktur brauchen.

Wie ausgeführt, brauchen die am wenigsten entwickelten Länder Wachstum, um Armut zu beseitigen. Die globale Umweltkrise ist aber bereits so weit fortgeschritten, dass auch dort keine Infrastruktur mehr gebaut werden kann, die dauerhaft zu Umweltschäden führt.

Damit die Menschheit auf unserem kleinen Planeten eine lebenswerte Zukunft haben kann, müssen alle Regierungen Nachhaltigkeit zur Priorität machen. Ob das mit Wachstum verbunden ist oder nicht, ist zweitrangig. Es muss auch nicht betont werden, dass die Regierungen, deren Länder am meisten zur globalen Umweltkrise beigetragen haben und weiterhin über die meisten Ressourcen verfügen, die größte Verantwortung tragen. Zugleich müssen auch Schwellenländer entsprechend handeln – und zwar besonders die, die schnell zu den Vorreitern aufholen.



PRAVEEN JHA

ist VWL-Professor an der Jawaharlal Nehru University in Neu-Delhi.

praveenjha2005@gmail.com

BIP-STATISTIKEN

Irreführende Daten

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein statistisches Konstrukt, das theoretisch den Geldwert aller konsumierten Waren und Dienstleistungen im Lauf eines Jahres in einem Land zusammenfasst. Es gilt als Maßstab für den Erfolg einer Volkswirtschaft.

VON PRAVEEN JHA

Solche Daten sind aber aus mehreren Gründen irreführend. Dass mehr Geld ausgegeben wird, bedeutet nämlich nicht, dass sich das Leben der Menschen verbessert. Als Hurricane Helene verheerend durch südliche Staaten der USA tobte, löste jeder versicherte Schaden Geld-

überweisungen aus. Diese konnten aber längst nicht alle Verluste ausgleichen. Der Sturm hatte Todesopfer gefordert. Auch vernichtete er unersetzliche Erbstücke.

Selbst dort, wo arme Menschen sich keine Versicherung leisten können, bedeutet Wiederaufbau nach Desastern Wachstum. Trotzdem geht es den betroffenen Gemeinschaften langfristig oft schlechter als vor der Katastrophe.

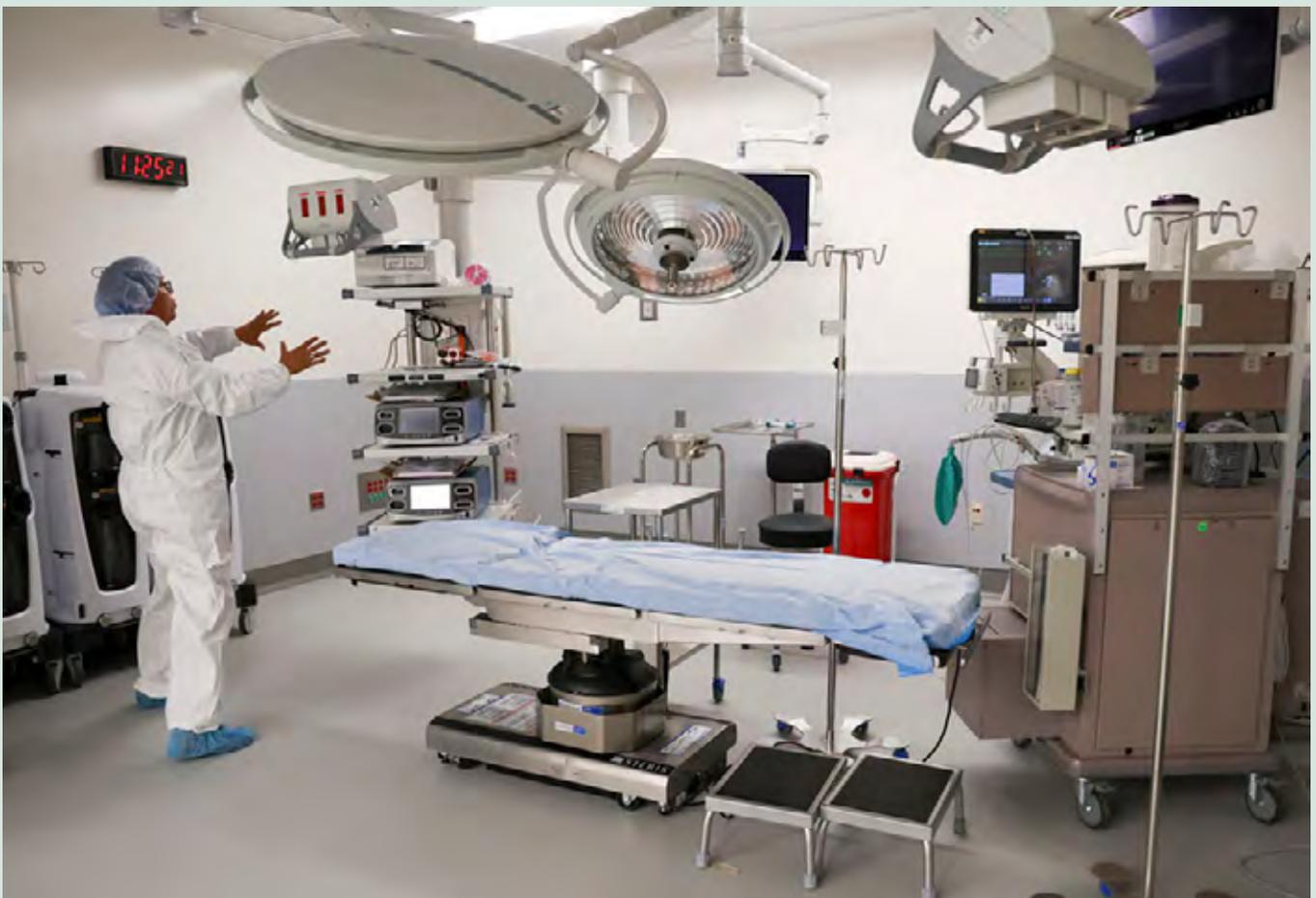
Das BIP erfasst auch nicht alle Güter und Dienstleistungen. Wenn eine Familie Gemüse aus dem eigenen Garten verzehrt, zählt diese Mahl-

zeit nicht. Nimmt sie dieselbe Speise in einem Restaurant zu sich, ist das BIP-relevant. Die Statistik erfasst dann Erzeugerpreis, Großhandelspreis, Transport- und Vertriebskosten sowie Gehälter des Personals und Miete für das Lokal.

Subsistenzlandwirtschaft und gemeinschaftliche Selbsthilfe

Das ist mit Blick auf den Entwicklungsstatus verschiedener Länder wichtig. Subsistenzlandwirtschaft wird nämlich nicht bezahlt, ernährt aber Massen von Menschen in Ländern mit niedrigen Einkommen. Auf ähnliche Weise gibt es in gering entwickelten Ländern sehr viel un-

In den USA ist das Gesundheitswesen teuer, aber nicht sonderlich effizient: Arzt in einem neuen OP-Saal eines Krankenhauses in Chicago.



bezahlte Nachbarschaftshilfe, zum Beispiel in städtischen Elendsvierteln. Mütter brauchen dort typischerweise keine formalisierte Kinderbetreuung. Irgendjemand aus der Nachbarschaft ist immer in der Lage, den in Gruppen spielenden Nachwuchs im Blick zu behalten. Je wohlhabender Menschen sind, desto eher bezahlen sie alle Arten von Care-Arbeit.

Statistiken sind obendrein nie so präzise, wie ihre exakten Zahlen glauben machen. Es ist unmöglich, jeden Geldschein und jede Münze beim Wechseln von einer Hand in die andere zu dokumentieren. Also enthalten BIP-Zahlen grundsätzlich Schätzungen für den Schwarzmarkt und undokumentierte informelle Tätigkeiten. Sie erfassen also den Lebensalltag benachteiligter Menschen nicht präzise.

Ohnehin sind Statistiken nur so zuverlässig wie die erstellenden Institutionen. Wo Zweifel an der Qualität der Regierungstätigkeit bestehen, gilt das gleichermaßen für offizielle Statistiken. Seit Indien unter Pre-

mierminister Narendra Modi die Methodik änderte, fallen die BIP-Zahlen dem früheren Zentralbankgouverneur Raghuram Rajan zufolge systematisch höher aus als zuvor.

Entwicklungsfachleute wissen seit langem, dass Einkommenszahlen an sich keinen guten Einblick in die Lebensqualität eines Landes geben. Deshalb hat das UN-Entwicklungsprogramm schon 1990 den Human Development Index (HDI) eingeführt. Zu seiner Berechnung werden auch Gesundheitsdaten (wie etwa durchschnittliche Lebenserwartung) und Bildungsindikatoren (wie die Alphabetisierungsrate) herangezogen.

In Fachkreisen wird der HDI beachtet, aber allgemeinbildende Medien interessieren sich weiterhin vor allem für Wirtschaftswachstum. Auch Entscheidungen in Politik und Wirtschaft orientieren sich oft daran. Die Öffentlichkeit folgt somit noch immer einem ungenügenden Paradigma.

Die USA sind ein gutes Beispiel dafür, wie wenig BIP-Zahlen besagen. Das Land liegt in Einkommenssta-

tistiken immer höher als im jährlich erstellten HDI-Ranking. Das hat System. Die USA haben beispielsweise die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit (mehr als 12000 Dollar pro Jahr), aber die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in 54 anderen Ländern höher als die knapp 80 Jahre Amerikas. Das Gesundheitswesen ist dort sehr teuer, aber nicht besonders gut.

PS: BIP-Wachstum ist keine gute Messlatte für Erfolg. Leider orientiert sich der Wirtschaftsjournalismus oft an einer noch weniger geeigneten. In verschiedenen Ländern mit hohem Einkommen liegt der Börsenindex zurzeit auf Rekordniveau. Das gilt sogar für den DAX, obwohl Deutschland aktuell wegen Rezession, bröckelnder Infrastruktur und Haushaltsstreitigkeiten generell als kranke Volkswirtschaft gilt. Der Grund für den starken DAX sind aber fallende Zinsen, nicht die Erwartung höherer Unternehmensgewinne. Die Investoren rechnen damit, dass Aktien höhere Renditen bringen als Anleihen. Mit volkswirtschaftlichem Erfolg hat das nichts zu tun.

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden.

Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



ARMUTSBEKÄMPFUNG

„Zusätzliche Arbeitsplätze bedeuten zusätzliche Einkommen“

Stefan Dercon von der Universität Oxford erklärt, weshalb Länder mit niedrigem Einkommen für ihre Entwicklung Wachstum brauchen und unter welchen Bedingungen dieses Wachstum zustande kommt.

STEFAN DERCON IM INTERVIEW MIT HANS DEMBOWSKI

Ist Wachstum für die Entwicklung von Ländern mit niedrigen Einkommen unabdingbar?

Wo das monatliche Einkommen pro Kopf nur 100 Dollar oder so beträgt, lässt sich Armut nicht durch Umverteilung beenden. Selbst wenn alle diese 100 Dollar hätten, wären sie immer noch arm, und ohne Wirtschaftswachstum bleibt das auch so. Wo das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Person so niedrig ist, lassen sich auch nicht genug Steuern für Regierungstätigkeit eintreiben. Infrastrukturen aller Art hängen von staatlichen Ausgaben ab, ob es nun um harte Infrastruktur wie Straßen und Stromnetze oder um soziale Infrastruktur wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder Rechtswesen geht. Entsprechend gibt es auch kein einziges Beispiel eines Landes, das ohne starkes Wachstum der Armut entkommen wäre. Erfolgreiche Beispiele mit Wachstum gibt es aber – besonders, aber nicht nur in Asien.

Regierungen von Ländern mit hohem Einkommen scheinen aber auch von Wachstum besessen.

Das hat einen anderen Grund. Wenn der Kuchen wächst, lässt sich davon leicht etwas umverteilen, weil niemandem etwas genommen wird. Ohne Wachstum ist Umverteilung aber ein Nullsummenspiel. Wenn jemand etwas dazubekommt, bekommt jemand anderes weniger. Deshalb ist Wachstum politisch für Deutschland oder das britische Königreich hilfreich, obwohl es nicht die zentrale Bedeutung hat wie in Ländern mit niedrigen Einkommen.

Vertiefte höheres BIP nicht auch immer soziale Kluften?

Nein, das kommt vor, aber in anderen Fällen schloss sich die Schere zwischen Arm und Reich auch ein Stück weit. Wo Wachstum vor allem auf Rohstoffausbeutung beruht, profitieren nur wenige, weshalb Öl- und ähnliche Ausfuhren oft kaum zur Armutsbekämpfung beitragen. Dagegen hat Wachstum regelmäßig die Armut – und manchmal sogar die Ungleichheit – reduziert, wo sich Exportstrategien auf arbeitsintensive Industriezweige stützten. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze, die wiederum zusätzliche Einkommen schaffen.

Aber sind die Löhne – etwa in der Textilindustrie – nicht unakzeptabel gering?

In den Augen westlicher Beobachter sind sie in der Tat schockierend niedrig – und zwar besonders anfangs, wenn die Industrialisierung beginnt. Dennoch verändern viele niedrige Löhne das Leben all der Menschen, die sie bekommen, und im zweiten Schritt dann auch die Gesellschaft, in der sie leben. Typischerweise steigt der Lebensstandard, wenn Regierungen diese Art von Politik betreiben. Das gilt besonders, wenn sie die zusätzlichen Steuereinnahmen für den bereits erwähnten Ausbau von Infrastruktur verwenden.



„Viele niedrige Löhne verändern das Leben all der Menschen, die sie bekommen“: Bekleidungsproduktion in Bangladesch.

Ist das eine Formel, um Entwicklungen in Gang zu setzen?

Ich würde es vorsichtiger formulieren: Es gab von den frühen 1990er-Jahren bis ungefähr 2015 solch eine Formel, solange das Welthandelssystem die entsprechenden Chancen bot. Leider ist die Lage sehr viel schwieriger geworden. Die Bedeutung der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) erodiert. Hoch entwickelte Volkswirtschaften setzen zunehmend auf Zölle. Das Problem wird sich mit der Rückkehr von Donald Trump als US-Präsident verschärfen, aber er ist nicht allein verantwortlich. Präsident Joe Biden hat mit Zöllen Wirtschaftszweige vor der chinesischen Konkurrenz geschützt, und die EU begründet Zölle zunehmend mit Umweltargumenten.

Aber wir brauchen doch ökologisch verträgliches, grünes Wachstum, oder?

Für Länder mit hohem Einkommen gilt das unbedingt. Wir müssen jedoch mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist heuchlerisch, von ärmeren Volkswirtschaften zu verlangen, dass sie unerprobte Konzepte umsetzen. Selbstverständlich ist erneuerbare Energie dort sinnvoll, wo Bedingungen wie Sonne und Wind stimmen. Aber wir haben noch kein Exempel eines voll funktionstüchtigen Energiesystems ohne fossilen Treibstoff. Die Klimakrise haben Länder mit hohem Einkommen verursacht, und wir müssen jetzt vorangehen, anstatt die Entwicklung ärmerer Weltgegenden mit Maximalforderungen, die wir selbst nicht erfüllen, zu blockieren.

Was ist mit großen Schwellenländern wie China oder Indien?

Deren Lage ist anders. Sie haben generell starke Kapazitäten. Folglich haben sie auch Möglichkeiten, aus fossiler Energie auszusteigen. Tatsächlich investieren sowohl China als auch Indien massiv in Erneuerbare. Für das globale Gemeinwohl wäre es allerdings gut, sie täten noch mehr, um auf fossile Energie – und besonders Kohle – zu verzichten. Indien ist allerdings weiterhin ärmer als China, also sollten wir an China höhere Ansprüche stellen. Beide Länder sind übrigens gute Beispiele dafür, dass Wachstum Entwicklungsergebnisse gebracht hat. In beiden Fällen war die internationale Fachwelt überrascht, als das losging. Das war auch bei anderen erfolgreichen Ländern so.

Was ist nötig, damit diese Art von Wachstum einsetzt?

Es erfordert Mut. Das typische Muster dort, wo Wachstum die Lebensqualität gesteigert hat, ist, dass sich mächtige Interessengruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einen Wachstumspakt geeinigt haben. In sehr vielen Ländern ist das nie passiert. Für privilegierte Kreise ist diese Strategie nämlich riskant. Ihnen geht es gut, also dient ihnen der Status quo, und Wandel könnte das ändern. Wenn neue Industriezweige entstehen, verändert sich schließlich auch das Gleichgewicht der Kräfte. Außerdem entwickeln die Menschen, wenn sie mehr verdienen, ihre Erwartungen und Ansprüche. Deshalb ist es für Eliten immer riskant, sich auf das zu einigen, was ich einen Development Bargain nenne.

Warum gehen sie das Risiko trotzdem manchmal ein?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Am wichtigsten ist vermutlich, dass Wachstum und höhere Lebensqualität einem politischen System Legitimität verleihen. Tatsächlich ist solch ein Wachstums- und Entwicklungspakt oft das Resultat einer Krise, wenn Angehörige der Eliten begriffen haben, dass es einfach nicht so weitergehen kann wie bisher. Zugleich sehen sie oft, dass sie selbst von den neuen Chancen besonders profitieren können. Sie haben schließlich das Kapital, um in neue Industrieunternehmen zu investieren.

Nennen Sie bitte ein Beispiel.

Bangladesch ist ein interessanter Fall. Das Land wurde 1971 unabhängig, und in den Jahren danach galt es als hoffnungslos. Im Team von Henry Kissinger, dem damaligen nationalen Sicherheitsberater der USA, wurde es bekanntlich als „Basket Case“ bezeichnet. Diese Einschätzung war ebenso verbreitet wie falsch. Im Land selbst wollten einflussreiche Gruppen die Lage verbessern. Trotz Korruption und politischen Wirren setzte sich der Development Bargain durch. Staatliche Institutionen arbeiteten eng mit der Zivilgesellschaft zusammen, so dass unabhängige Organisationen großen Einfluss gewinnen konnten. Die Textilindustrie ist sehr stark geworden, aber andere Branchen wachsen auch heran. Was wichtige Entwicklungsindikatoren wie Alphabetisierung, Lebenserwartung oder Müttersterblichkeit angeht, übertrifft Bangladesch mittlerweile die meisten anderen Länder in Südasien. Die Menschen erwarten heute auch mehr von ihrem Staat, wie Premierministerin Sheikh Hasina Wajed im Sommer selbst erlebte, als ein Volksaufstand sie stürzte.

Ist Demokratie eine Voraussetzung für Wachstumserfolg?

Nein, nicht unbedingt. China unterliegt autoritärer Herrschaft, hat aber dennoch einen sehr erfolgreichen Development Bargain erlebt. Nach der bitteren Armut und der Stagnation unter Mao Zedong führte Deng Xiaoping die Kommunistische Partei in den 1980ern auf einen ganz anderen Pfad. Der Erfolg beruhte dabei nicht einfach auf Dengs Kommando, denn die Parteiführung bewertete Erfolg und Misserfolg von politischen Maßnahmen anhand objektiver Daten. Im Lichte solcher Informationen änderte sie auch ihre Politik. Dem Diktator wurde nicht einfach nur erzählt, was er hören wollte. Evidenzbasierte Politik veränderte das Land, und schon ein Jahrzehnt später protestierten Studierende auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die Parteispitze unterdrückte das hart, weil sie bei Wachstums- und Entwicklungsexperimenten nicht gestört werden wollte. Was Bürgerrechte angeht, ist Chinas Kommunistische Partei ein Albtraum. Was massenhafte Ar-

mutsbekämpfung angeht, ist sie in historisch beispielloser Weise erfolgreich.

Sehen Sie eine bestimmte Rolle für Geberländer?

Sie können dort, wo es keinen Wachstumspakt gibt, Entwicklung nicht in Gang setzen. Ohne nationale Eigenverantwortung gibt es keine Entwicklung. Wo der nötige Elitenkonsens besteht, sollten Geberinstitutionen jedoch die Politik unterstützen. Dabei ist nur wenig Monitoring und Evaluierung nötig, denn ihre Mittel werden meist sinnvoll verwendet werden. Mit Geberfinanzierung haben Länder wie Vietnam, Ghana, Äthiopien oder Indonesien gute Fortschritte gemacht. Wo es aber keinen Development Bargain gibt, wird Gebergeld nicht viel bewirken. Das sehen wir leider allzu oft. Am Ende des vergangenen Jahrzehnts waren beispielsweise Nigeria, die Demokratische Republik Kongo und Pakistan die drei Länder, denen die Weltbank die größten konzessionellen Darlehen gab. Alle drei sind von einem echten Wachstumspakt aber weit entfernt.

Was hätten die Weltbank-Angestellten anders machen sollen?

Geberinstitutionen sollten sich generell mehr darum bemühen, die politische Ökonomie der Länder, mit denen sie kooperieren wollen, besser zu verstehen. Bislang wollen sie, wenn sie irgendwo von einem Finanzminister oder einer Finanzministerin einen guten Eindruck haben, Dinge unterstützen, die dieses Individuum vorschlägt. Wenn diese Ideen einem nationalen Entwicklungspakt entsprechen, wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit funktionieren. Aber wo das nicht der Fall ist, wird die Zusammenarbeit mit dieser Person eher keine nachhaltigen Ergebnisse bringen.

Literatur

Dercon, S., 2022: Gambling on development – Why some countries win and others lose. London, Hurst.



STEFAN DERCON

ist VWL-Professor an der Universität Oxford.

stefan.dercon
@economics.ox.ac.uk

BUCHREZENSION

Weshalb „Energiewende“ ein irreführender Begriff ist

Ein französischer Wissenschaftler zeigt, dass neue Energiequellen oft nicht zur Abschaffung der alten führen.

VON IPIL MONICA BASKI

Die Klimakrise ist in weiten Teilen verursacht durch den globalen Energieverbrauch. Das Buch „More and more and more – An all-consuming history of energy“ von Jean-Baptiste Fressoz könnte also aktueller kaum sein.

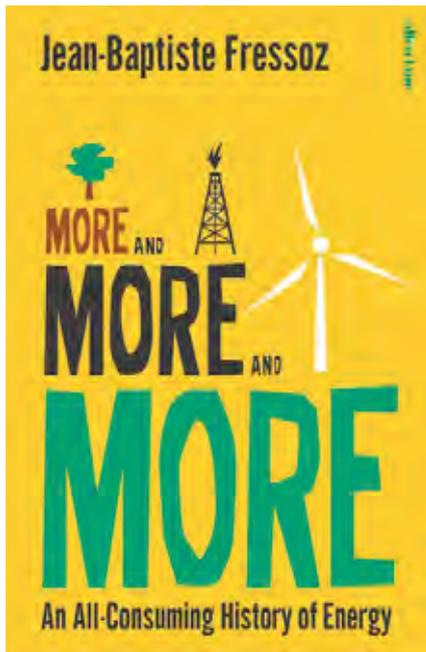
Fressoz ist Wissenschafts- und Technikhistoriker am Centre Nationale de la Recherche Scientifique in Paris und arbeitete zuvor am Imperial College London. In seinem Buch untersucht er verschiedene „Energiewenden“ der Menschheitsgeschichte. Laut Fressoz ist der Begriff irreführend, da die Wende in der Regel nicht vollständig umgesetzt wird. Setzt sich eine neue Energiequelle durch, bleiben demnach die alten in Gebrauch.

Fressoz beleuchtet etwa den Übergang von Holz zu Kohle. Heute werde oft übersehen, dass im sogenannten Kohlezeitalter weiterhin riesige Mengen Holz verbraucht wurden. Während der Industriellen Revolution verbrannten viele Länder mehr Holz als je zuvor, obwohl Kohle wichtiger schien, weil sie neu war und Maschinen antrieb.

Tatsächlich fand im Kohlezeitalter in Großbritannien eine erhebliche Entwaldung statt. Eine Ursache dafür war der Bedarf an Holz als Stützmaterial im Bergbau. Doch Holz blieb auch eine Energiequelle, bis heute. Fressoz weist da-

„Würde man die Kohleproduktion für importierte Güter in den CO₂-Fußabdruck eines Landes einrechnen, läge Großbritannien trotz seines Kohleausstiegs bei jährlich 50 Millionen Tonnen Kohle.“

rauf hin, dass weltweit jährlich 2 Milliarden Kubikmeter Holz geschlagen werden – dreimal so viel wie vor einem Jahrhundert. Auch wegen des Bedarfs an Land werden Wälder im Eiltempo abgeholzt. Ihre Zerstörung schreitet voran – trotz der Wende hin zu erneuerbaren Energien.



Fressoz, J.-B., 2024:
More and more and more –
An all-consuming history of energy.
 London, Allen Lane/Penguin.

Laut Fressoz tendieren moderne Technologien dazu, parallel zu traditionellen zu existieren. Er betont, Angela Merks Deutschland habe dreimal so viel Kohle verbraucht wie Bismarcks Deutschland im späten 19. Jahrhundert. Würde man die Kohleproduktion für importierte Güter in den CO₂-Fußabdruck eines Landes einrechnen, läge Großbritannien trotz seines Kohleausstiegs bei jährlich 50 Millionen Tonnen Kohle.

Obwohl das „Ölzeitalter“ in den 1950er-Jahren begann, war der größte Anstieg des weltweiten Kohleverbrauchs (300 Prozent) laut Fressoz zwischen 1980 und 2010 zu verzeichnen. Beispielsweise stieg der Kohleverbrauch in China seit 1980 um den Faktor 10, in Taiwan um den Faktor 12 und in Indonesien sogar um den Faktor 50.

ENTSCHEIDEND IST, WIE MATERIAL GENUTZT WIRD

Selbst der Ausbau der Windkraft hängt laut Fressoz stark von Kohle ab, da der benötigte Stahl meist mithilfe von Kohle produziert wird. Für ihn verhalten sich Energiequellen demnach eher symbiotisch, als dass sie in Konkurrenz zueinander stünden. Es sei daher ein Fehler, Energiequellen isoliert zu betrachten. Entscheidend sei vielmehr, wie eine ganze Bandbreite an Materialien genutzt werde. Er weist darauf hin, dass Stahl stark von Kohle abhängt, während Plastik aus Öl gefertigt wird.

Nun gelte es, aus der Vergangenheit zu lernen, um die Zukunft zu gestalten. Der Klimaschutz erfordere keine neue Energiewende, sondern eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs, betont Fressoz. Fossile Energien, die derzeit drei Viertel des weltweiten Energieverbrauchs ausmachen, müssten innerhalb von vier Jahrzehnten abgeschafft werden. In Fressoz' Augen ist es ein Fehler zu glauben, fossile Brennstoffe könnten einfach durch andere Technologien ersetzt werden.

„Selbst der Ausbau der Windkraft hängt laut Fressoz stark von Kohle ab, da der benötigte Stahl meist mithilfe von Kohle produziert wird.“

Fressoz macht wiederholt deutlich, dass er sich nicht gegen erneuerbare Energien ausspricht und im Gegenteil hofft, dass sie sich durchsetzen. Klar sei jedoch, dass diesmal die neuen Technologien die alten vollständig ersetzen müssten. Auch die Verantwortung von einkommensstarken Ländern müsste dazu neu bewertet werden. Es sei irreführend, ausschließlich Schwellenländer für jene Emissionen verantwortlich zu machen, die bei der Produktion von Gütern entstehen, die in einkommensstarken Ländern konsumiert werden.



IPIL MONICA BASKI
 ist Studentin an der Jadavpur
 University in Kolkata.

<https://www.instagram.com/whois.ipil01/>

Maasai-Hirte in Kenia: Die BIP-Statistiken spiegeln die Lebensstandards in den ländlichen Gebieten von Entwicklungsländern nicht genau wider.

Foto: Koene Linear



BUCHREZENSION

Die Wachstumsillusion

Wer verstehen will, was in der Wirtschaftspolitik schief läuft, sollte im Wirtschaftsjournalismus nachfragen. David Pilling, Afrika-Redakteur der Financial Times, liefert in seinem Buch „The growth delusion“ aufschlussreiche Einblicke. Auf leicht zugängliche – und sogar unterhaltsame – Weise zeigt er die Absurditäten auf, die sich aus der Fixierung auf immer höhere BIP-Zahlen ergeben.

VON HANS DEMBOWSKI

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst vereinfacht gesagt alles, wofür innerhalb eines Landes Geld ausgegeben wird. Die gängige Annahme lautet: Je höher die Ausgaben, desto besser geht es den Menschen. Doch diese Annahme ist aus mehreren Gründen falsch. So kostet es zum Beispiel Geld, Umweltschäden zu reparieren,

steigert aber nicht das Wohlbefinden. Im besten Fall stellt das lediglich den vorherigen Zustand wieder her. Andererseits wird alles, was kein Geld kostet, im BIP nicht berücksichtigt. Kümmert sich eine Familie selbst um ein älteres Mitglied, fließt diese Leistung nicht in die BIP-Statistik ein. Beauftragt sie jedoch eine Pflegekraft, sehr wohl.

Pilling erklärt diese Zusammenhänge sehr anschaulich. Werbung beispielsweise macht Menschen nicht unbedingt glücklicher, sie hält sie lediglich dazu an, immer neue Dinge zu wollen. Weil Werbung Geld kostet, trägt sie jedoch zum Wachstum bei. Auch ungesunde Ernährung führt zu höheren Ausgaben – sei es für Lebensmittel oder später für Medikamente zur Behandlung der daraus resultierenden Krankheiten. Das Wohlergehen der Menschen verbessert sich so kaum.

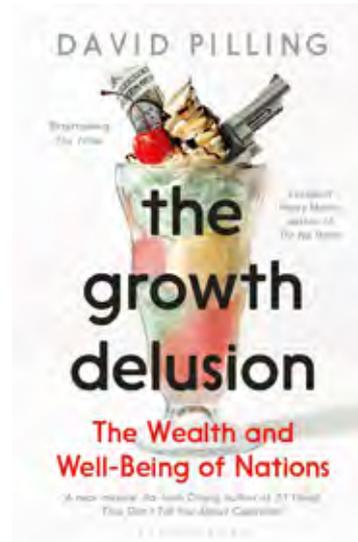
Als besonders kurios bezeichnet Pilling die Tatsache, dass Großbritanniens nationale Statistiken auch geschätzte Einnahmen aus illegaler Prostitution und Drogenhandel beinhalten. Jede freiwillige Geldtransaktion wird als Beitrag zum BIP gewertet. Damit zählen auch Aktivitäten zu diesem vermeintlichen Wohlstandsindikator, die der Staat als gesellschaftsschädlich einstuft. Pilling diskutiert dabei nicht, ob diese Aktivitäten legalisiert werden sollten, sondern weist lediglich auf diesen Widerspruch hin.

„Je größer unsere Banken, je überzeugender unsere Werbung, je höher unsere Kriminalität und je teurer unser Gesundheitswesen, desto besser wird der Zustand unserer Volkswirtschaft bewertet“, schreibt Pilling. Und es gibt in seinen Augen noch einen weiteren Grund, warum es problematisch ist, volkswirtschaftlich ausschließlich aufs Wachstum zu schauen: BIP-Daten sagen nichts darüber aus, wie Einkommen verteilt sind und ob Ungleichheit zu- oder abnimmt.

Pillings Buch zeigt, dass wir eine ganze Dekade verloren haben. Noch vor der globalen Finanzkrise von 2008 hatten einige westliche Entscheidungsträger*innen begonnen, den Nutzen des in BIP-Statistiken gemessenen wirtschaftlichen Wachstums zu hinterfragen. Im Auftrag des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy veröffentlichte eine Kommission von Fachleuten 2009 einen entsprechenden Bericht (siehe Nina V. Michaelis in E+Z/D+C 2009/12). Einige Ökonom*innen schlugen vor, Glück als politisches Ziel zu betrachten (siehe Petra Pinzler in E+Z/D+C 2012/04).

In der Wirtschaftskrise konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit jedoch wieder auf Wachstum. Es überrascht nicht, dass die Ergebnisse pervers sind: Die globale Umweltkrise hat sich verschärft, und die Ungleichheit hat zugenommen. Pilling argumentiert überzeugend, dass das Wachstumsparadigma Teil des Problems ist.

Anders als viele westliche Journalist*innen verfügt Pilling über ein tiefes Verständnis für Entwicklungsländer, da er viele Jahre aus Afrika und Asien berichtet hat. Er stellt richtig fest, dass Wachstum in sehr armen Volkswirtschaften



David Pilling, 2019:
The growth delusion.
London, Bloomsbury.

unverzichtbar ist. Wenn eine Gesellschaft nicht über die Mittel verfügt, grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen, muss sie ihre Ressourcen erweitern. Das gilt nicht für reiche Länder, wo ein steigendes BIP, gemessen in Geldwerten, jedoch auch nicht für mehr Zufriedenheit sorgt.

Gleichzeitig warnt Pilling, dass BIP-Zahlen in Entwicklungsländern oft irreführend sind. Subsistenzlandwirt*innen zum Beispiel verdienen kaum Geld und tauchen daher in den Statistiken nicht auf. Ihr Wohlstand hängt von guten Ernten ab, doch die Statistiken bewerten lediglich die Ernteerlöse. Sie geben der Politik so kaum Aufschluss darüber, wie ein großer Teil der Landbevölkerung zurechtkommt.

Pilling bietet keine einfache Methode oder Zahl an, die das BIP ersetzen könnte. Vielmehr betont er, dass politische Entscheidungsträger*innen viele Aspekte berücksichtigen müssen, darunter die Einkommensverteilung und Zweckmäßigkeit der Ausgaben. In einer komplexen Welt gibt es schlicht keine einfache Richtlinie, an der sich die Politik orientieren könnte.



HANS DEMBOWSKI
war von Januar 2004
bis Dezember 2024 Chef-
redakteur von E+Z/D+C.
euz.editor@dandc.eu

MODERNE ZEITEN

Schneller und schneller, mehr und mehr

Zeitdruck ist ein wenig bemerkter Grund dafür, dass Demokratie in den Augen vieler Menschen Glaubwürdigkeit verliert. Demokratische Entscheidungen erfordern Zeit und halten mit rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen kaum noch mit. Das lässt gewählte Regierungen dysfunktional erscheinen. Zugleich unterhöhlt der Zwang, sich an neue soziale Gegebenheiten anzupassen, das Selbstwertgefühl vieler Menschen und macht sie für autoritäre Identitätspolitik anfällig.

VON HANS DEMBOWSKI

Der technische Wandel mit weitreichenden Folgen für Kultur, Märkte, Recht und Gesellschaft allgemein verläuft schnell. Demokratische Entscheidungsfindung erfordert dagegen viel Zeit. Gewählte Amtstragende stehen vor neuartigen Problemen, für die es noch keine etablierten Lösungen gibt.

Es dauert, bis eine politische Strategie formuliert, verabschiedet und schließlich implementiert wird. Zunächst müssen neue Phänomene analysiert werden. Dann können Maßnahmen konzipiert werden. Erst danach können Verantwortliche geeignete Optionen auswählen und müssen dann andere davon überzeugen. Das alles kann so lange dauern, dass sich die neuen Herausforderungen schon wieder verändert haben, bevor eine Reform überhaupt beschlossen ist.

So kommt es zum Beispiel, dass trotz schneller Eskalation der Folgen der Erderhitzung zu wenig in Sachen Klimaanpassung und Klimaschutz geschieht. Neue Wirtschaftszweige entstehen, aber andere brechen zusammen. Migra-

tion verändert Gesellschaften, aber zugleich bedeutet der demografische Wandel, dass mehr Pflegekräfte gebraucht werden. Bis eine Politik umgesetzt wird, kann sie bereits überholt sein.

Bei der Digitalisierung ist das besonders offensichtlich (siehe Box, S. 45). Andere Veränderungen verlaufen nicht ganz so schnell, aber die Wirkung zeigt sich oft plötzlich. Das ist der Fall, wenn Extremwetter erstmals die bestehende Infrastruktur auf katastrophale Weise überfordert, oder auch, wenn das Telekommunikationsnetzwerk in abgelegenen Gegenden schnelles Internet verhindert. In solchen Fällen war die Politik offensichtlich zu langsam.

ZEICHEN DER ZEIT

Hartmut Rosa, Soziologieprofessor in Jena, schreibt, er hält ständige Beschleunigung für das zentrale Merkmal der Moderne. Technik ist dabei ein wichtiger Faktor. Im Laufe der Industrialisierung hat sie ständig schnellere Produktion, ständig schnelleren Transport und ständig schnellere Kommunikation ermöglicht. Laut Rosa zwingt der Wett-

bewerben Privatunternehmen, ihr Bestes zu tun, um noch schneller zu werden, weil das zu Vorteilen führt. Wer nicht mithält, scheitert.

Beschleunigung ist also mit Wirtschaftswachstum eng verwandt. „Schneller, schneller und schneller“ bedeutet schließlich auch „mehr, mehr und mehr“. Allerdings hält der Druck zu höherem Tempo auch an, wenn das Wachstum einbricht. Gerade in Rezessionen müssen Firmen nämlich effizienter werden.

Wie Rosa ausführt, führt Beschleunigung zu rasantem gesellschaftlichen Wandel. Alles ändert sich. Was heute normal erscheint, wirkt morgen antiquiert. Was heute als innovativ gilt, kann schon bald ein bisschen überholt sein.

FRAGILE IDENTITÄTEN

Rosa zufolge hat gesellschaftliche Beschleunigung gravierende psychologische Konsequenzen. Sie stellt individuelle Identität und das damit verbundene Selbstwertgefühl infrage. Niemand kann sich darauf verlassen, dass die aktuelle professionelle Kompetenz künftig noch gefragt sein wird. Je dynamischer der Wandel wird, umso mehr wächst der Anpassungsdruck. Lernen wird zur permanenten Pflicht, ist aber nie abgeschlossen.

Niemand kann jedoch die riesige Menge grundsätzlich verfügbarer Information verarbeiten. Es ist völlig unmög-

„Rosa spricht von ‚rasendem Stillstand‘. Alle strampeln sich nach Kräften ab, aber niemand kommt voran.“

lich, jede relevante Quelle auch nur anzuklicken, geschweige denn wirklich zu nutzen. Folglich sind wir alle immer nur unvollständig informiert. Wir wissen nicht, ob wir noch auf der Höhe der Zeit sind. Faktenprüfung ist wichtig, aber nicht vollständig möglich. Wir müssen entscheiden, welchen Quellen wir trauen. Manche Menschen verlassen sich auf eine einzige Quelle, die für alle Fragen einfache Antworten bietet. Das ist eine leichtfertige, aber seelisch beruhigende Wahl.

Rosa führt aus, dass Entfremdung zunimmt, wenn der Alltag unbeständig wird. Wenn beispielsweise ein Computerprogramm aktualisiert wird, bekommen Nutzende nämlich nicht nur mehr und bessere Optionen. Sie müssen auch den Umgang mit dem Instrumentarium, das sie schon lange verwenden, wieder neu erlernen.

Auf allen Kontinenten wächst der Zeitdruck.



DIGITALE ENTFREMDUNG

Wie Rosa schreibt, nutzen Berufstätige Computerprogramme zunehmend nur noch intuitiv. Die Mühe, ein Programm immer wieder neu vollständig beherrschen zu lernen, ist einfach zu groß. Auch fehlt dafür schlicht und einfach die Zeit, da ständige Beschleunigung bedeutet, dass die Arbeitslast wächst, aber schneller erledigt werden muss.

Den eigenen Werkzeugkasten nicht genau zu kennen, irritiert natürlich besonders, wenn Aufgaben mit wachsender Komplexität in geringerer Zeit bewältigt werden sollen. Rosa spricht von „rasendem Stillstand“. Alle strampeln sich nach Kräften ab, aber niemand kommt voran.

Individuelle Selbstverwirklichung war aus Rosas Sicht immer das Versprechen der Moderne. Statt ihr Schicksal entsprechend zu gestalten, müssen Menschen sich aber heute ständig an wandelnde Bedingungen anpassen. Sie sind nicht frei, ihr Schicksal nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, sondern müssen flexibel auf ständig neue Anforderungen reagieren. Starke Glaubenssätze oder persönliche Prinzipien sind dabei nicht hilfreich.

IDENTITÄTSPOLITIK

Wo individuelle Identität untergraben wird, wächst der Wunsch nach fragloser Zugehörigkeit. Rechtspopulistische Kräfte nutzen das aus.

Beschleunigung ist in diesem Sinne eine doppelte Herausforderung für die Demokratie. Einerseits sind ihre Verfahren zu langsam, andererseits behaupten autoritäre Rechtsextreme, die bestehende Ordnung gestehe „dem“ Volk seine „normale“ Lebensweise nicht zu. In Rosas theoretischen Überlegungen spielt der zweite Punkt keine zentrale Rolle, was er schreibt, passt aber gut zu dem, wie der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller Populismus definiert.

Autoritäre Kräfte klagen meist nicht über Beschleunigung. Ihr Narrativ ist, böartige globale Eliten wollten ihr Volk ausbeuten, unterdrücken und sogar austauschen. Dagegen müsse sich das Volk wehren. Rechtsextremist*innen tun so, als verteidigten sie eine homogene Nation gegen aggressive Zuwanderung und globale Eliten. Donald Trump – ehemaliger und künftiger Präsident der USA – ist das prominenteste, aber beileibe nicht das einzige Beispiel. Verschwörungstheorien kursieren, denen zufolge Migration die angestammte Bevölkerung verdrängen soll.

Solch irreführende Propaganda nutzt eine weitere Schwäche moderner Demokratien aus. Nationalstaaten können globale Probleme nicht lösen. Folglich erfordert kompetente Regulierung internationale Zusammenarbeit. Dieses Phänomen wird öfter thematisiert als Beschleunigung.

Es lässt sich auch anders formulieren: Nationale Souveränität stößt schnell an ihre Grenzen, wenn es um globale öffentliche Güter geht – wie etwa Handel oder Umwelt (Klima, Biovielfalt, Wüstenbildung, Plastikmüll et cetera). Auch die Bekämpfung von Seuchen oder organisierter Kriminalität gelingt im nationalstaatlichen Rahmen nur bedingt. Das gilt gleichfalls für makroökonomisches Management, denn Steuersätze, Zinssätze und Schuldenniveaus sollen international wettbewerbsfähig sein.

GLOBALISIERUNG PLUS BESCHLEUNIGUNG

Die Entscheidungsvollmachten gewählter Regierungen sind oft recht klein, und technokratische Politik ist die Norm geworden. Sie nimmt auf soziale und ökologische Belange kaum Rücksicht. Solche Dysfunktionen nähren dann populistische Wut. Aus offensichtlichen Gründen erfordert international koordinierte Politikgestaltung jedoch besonders viel Zeit. Dass schneller sozialer Wandel aber alle Länder betrifft, verschärft die politischen Schwierigkeiten.

Autoritärer Rechtspopulismus beansprucht zwar, das Volk zu verteidigen, dient typischerweise aber oligarchischen Interessen. Er stützt sich auch oft auf Spenden von Superreichen. Diese wollen demokratische Beschränkungen ihrer Privilegien verhindern und wissen, dass nationalstaatliche Regulierung oft zahnlos bleibt. Weil in der vernetzten Weltgesellschaft der Erfolg von Staatshandeln oft von internationaler Kooperation abhängt, wird solche Zusammenarbeit – ob im Kontext der EU oder der UN – verteufelt.

Literatur

Rosa, H., 2013: Beschleunigung und Entfremdung. Berlin, Suhrkamp.



HANS DEMBOWSKI
war von Januar 2004
bis Dezember 2024 Chef-
redakteur von E+Z/D+C.

eu.editor@dandc.eu

TECHNOLOGIE

Wenn Gesetzgebung hinterherhinkt

Die Digitalisierung verläuft schnell – für demokratische Politik oft zu schnell.

VON HANS DEMBOWSKI

Künstliche Intelligenz (KI) ist vermutlich das deutlichste Beispiel dafür, wie schnell der technische Wandel voranschreitet. Hochgezüchtete Sprachprogramme („Large Language Models“) wie ChatGPT wurden der Öffentlichkeit erst vor zwei Jahren zur Verfügung gestellt. Sie können in verschiedenen Sprachen Texte erstellen, die sich flüssig lesen und vernünftig erscheinen, deren Faktentreue aber zweifelhaft ist.

Diese Technik hat begonnen, die gesamte Medienwirtschaft umzukrempeln. Sie wird sich auf Nachrichten und Romane, auf Poesie und politische Kommentare auswirken. Manche Medienhäuser produzieren damit schon Inhalte.

Ausreichend reguliert ist diese KI-Technik nicht. Lehrende müssen heute davon ausgehen, dass

Auf seiner ungenügend regulierten Plattform X verbreitet der Milliardär Elon Musk rechte Propaganda.



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Stanislav Kogiku

ChatGPT für Hausaufgaben und ähnliche Dinge genutzt wird. Einige Anwaltskanzleien haben die unangenehmen Erfahrungen gemacht, dass solche Programme gelegentlich frei erfundene Fakten als Information präsentieren. Fragen des geistigen Eigentums sind berührt, weil Sprachprogramme mit Texten menschlicher Autor*innen trainiert wurden, Letztere dafür aber kein Geld bekamen.

Um stimmige Gesetze zu verabschieden, müssten Parlamente die Folgen der Technik genau kennen. Bis sie eine Reform ausformuliert haben, werden aber vermutlich weitere Folgen auftreten, sodass ihre Arbeit schnell nicht mehr zeitgemäß wirken kann. Der Einsatz der Technik wird vielen Betroffenen dann aber schon so normal erscheinen, dass ihnen neue Regeln übergriffig vorkommen. In beiden Fällen fühlen sich Menschen von der Politik im Stich gelassen.

Soziale Medien sind ein weiteres Beispiel. Die wichtigsten Plattformen wurden in den Nullerjahren gestartet, manche sogar später. Die Reichweite ist international, aber sie unterliegen offensichtlich nicht ausreichenden Bestimmungen. Großenteils entscheiden die Konzerne allein, was auf Facebook, X/Twitter, TikTok und so weiter gepostet werden darf und was nicht. Die Öffentlichkeit hat keinen Rechtsanspruch auf Wahrhaftigkeit oder Anstand.

Als das Facebook-Management erfuhr, dass seine Plattform die seelische Gesundheit von Teenagern beeinträchtigt, hielt es erst mal still. Inzwischen ist völlig klar, dass soziale Medien systematisch Hass, Angst und Neid füttern, um Aufmerksamkeit der Nutzenden möglichst lange zu halten. Negative Botschaften binden Leute an den Bildschirm – schaden aber der Gesellschaft. Das gilt besonders, wenn die Bot-

schaften übertrieben sind und nicht auf Fakten beruhen.

Die politischen Auswirkungen sozialer Medien haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Als der arabische Frühling 2011 Nordafrika und den Nahen Osten erschütterte und sogar Diktaturen zu Fall brachte, war viel von „Facebook-Revolution“ die Rede. Diese Plattform hatte freien und unbeobachteten Zugang vieler unzufriedener Menschen ermöglicht. Heute sind Algorithmen aber so angelegt, dass sie politische Kontroversen, die den digitalen Konzernen missfallen, möglichst nicht verstärken.

Für öffentliche Debatten sind soziale Medien zwar wichtig, aber sie sind nicht so streng reguliert wie konventionelle Medien. Das Presserecht ist nicht dazu da, Meinungen zu unterdrücken, sondern ein Mindestniveau an Wahrhaftigkeit sicherzustellen. Deshalb sorgt es typischerweise dafür, dass irgendjemand für jeden veröffentlichten Text verantwortlich ist. Dafür sorgt auch das Medienrecht der USA, das aber für soziale Medien nicht gilt. Deshalb können dort automatisierte Programme Lügen verbreiten, ohne dass Nutzende überhaupt erfahren, dass diese Botschaften nicht von echten Menschen ausgehen.

Viele der wichtigsten Plattformen gehören Unternehmen in den USA. Folglich wirken sich Lücken im US-Recht international aus. Der reichste Mann der Welt, Elon Musk, hat Twitter gekauft, die Moderationsregeln gelockert und die Plattform in X umbenannt. Rechte Hassrhetorik und Propaganda haben sich seither dort vervielfacht. Das macht ernsthaften politischen Austausch schwerer, dient aber Leuten mit autoritären Neigungen wie Donald Trump in den USA oder Jair Bolsonaro in Brasilien (siehe S. 8 dieser Ausgabe).

EINGESCHRÄNKTES WACHSTUM

Fortschritt muss Fahrt aufnehmen

Das Common Framework for Debt Treatments der G20 ist sinnvoll, aber noch nicht voll funktionstüchtig. Erdrückende Schuldenlasten plagen weiterhin zu viele Länder mit niedrigen und mittleren Durchschnittseinkommen.

VON JOSÉ SIABA SERRATE

Nach der Corona-Pandemie standen viele Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen vor Finanzkrisen. Schuldenberge wuchsen, während Zinssätze international stiegen. Staatspleiten schienen wahrscheinlich.

Die befürchtete Pleitenwelle blieb aus, und Renditenaufschläge für Anleihen aus Entwicklungsländern sind auf das Niveau von vor der Pandemie zurückgekehrt. Das heißt, ihre Zinssätze liegen nicht viel höher als die der Industrieländer, was für wachsendes Vertrauen von Investor*innen spricht. Länder wie Benin, die Côte d'Ivoire, Kenia und Senegal konnten in den vergangenen Monaten sogar neue Anleihen ausgeben. Seit 2022 gibt es auch wieder weniger Staatspleiten und Anträge auf Schuldenumstrukturierungen. Die letzte schwere Krise erfasste 2023 Ghana.

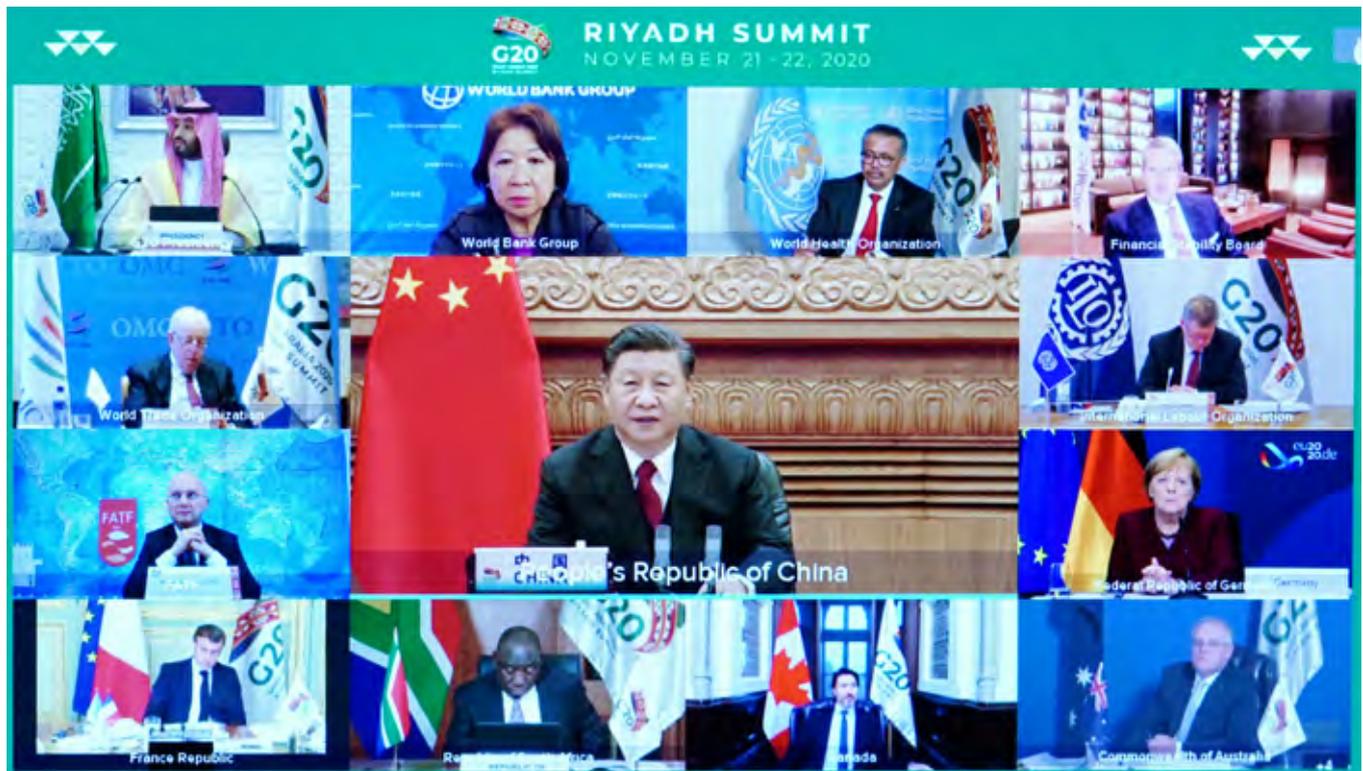
Ein weiterer Lichtblick: Seit März 2024 senken die US-Notenbank und andere führende Zentralbanken ihre Zinssätze allmählich. Sie verbessern so die finanziellen Bedingungen für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Dennoch bleibt die Lage in einigen Staaten mit gravierenden Schuldenproblemen schwierig. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) stecken rund 15 Prozent der Länder

„Laut IWF wendeten im Jahr 2023 Länder mit niedrigen Durchschnittseinkommen im Schnitt mehr als 14 Prozent ihrer Staatseinnahmen für die Bedienung von Auslandsschulden auf.“

mit niedrigen Einkommen in Schuldenkrisen, und für weitere 40 Prozent war das Krisenrisiko hoch. Schuldenerlass oder zumindest Liquiditätssicherung schienen oft unausweichlich.

Hohe Verschuldung bremst auch die wirtschaftliche Entwicklung zahlungsfähiger Staaten. Hohe Zinskosten und schwankende Wechselkurse belasten nationale Haushalte selbst dann, wenn die Wirtschaft wächst. Auch solventen Ländern drohen Pleiten, sollten sie vorübergehend illiquide werden und deshalb Verpflichtungen nicht pünkt-



2020 vereinbarte der G20-Gipfel während der Corona-Pandemie das Common Framework for Debt Treatments.

lich erfüllen, die sie mit etwas Verzögerung leicht erfüllen könnten.

Vorrangig unterstützt werden müssen deshalb jetzt Länder, die kurz vor solch einer Liquiditätskrise stehen, aber ihre Schulden durchaus noch tragen können. Wird jetzt nicht schnell und wirksam gehandelt, werden später schwierigere und teurere Schritte notwendig sein. Rasches Handeln kann zusätzliche Investitionen und Wachstum auslösen. Wenn sich aber wiederholte Schuldenumstrukturierungen über Jahre hinziehen, ist das mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden.

Laut IWF wendeten im Jahr 2023 Länder mit niedrigen Durchschnittseinkommen im Schnitt mehr als 14 Prozent ihrer Staatseinnahmen für die Bedienung von Auslandsschulden auf. Zehn Jahre zuvor waren es nur sechs Prozent. Der IWF erwartet, dass die betroffenen Länder jährlich nun rund 60 Milliarden Dollar für den Schuldendienst aufwenden müssen. Von 2010 bis 2020 lag der Vergleichswert bei nur 20 Milliarden Dollar. Angesichts dieser Entwicklung scheinen Nachhaltigkeitsziele für Armutsbekämpfung und Klimaresilienz vielerorts utopisch.

Wachstumsorientierte Schuldenpolitik ist nötig. Länder mit niedrigen Einkommen können sich nämlich nicht auf dieselbe Weise gegen Krisen wappnen wie Industrieländer. Während der Finanzkrise von 2008 und der Covid-19-Pandemie nahmen Länder mit hohen Einkommen

massiv Schulden auf und betrieben zeitweise eine expansive Haushaltspolitik, die später wieder umgekehrt wurde. Zugleich halfen Sozialleistungen, die Folgen von Arbeitslosigkeit abzufedern. Ärmeren Ländern fehlen dafür aber die Mittel.

SCHRITTE IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

Gut ist jedenfalls, dass die internationale Gemeinschaft Fortschritte bei der Schuldenbewältigung macht. Im November 2020 verabschiedeten die G20 das Common Framework for Debt Treatment (CF), ein multilaterales Instrument zur Umstrukturierung und zum Erlass übermäßiger Staatsschulden. Das CF reicht nicht aus, um alle akuten Probleme zu lösen, aber es hat große Stärken:

- Unsere geopolitisch zunehmend fragmentierte Welt hat nun ein koordiniertes multilaterales Verhandlungsverfahren für Schuldenumstrukturierungen.
- Es bezieht alle relevanten Gläubigerkategorien ein – privat, staatlich und multilateral – und nicht nur den Pariser Club, der ausschließlich die etablierten Wirtschaftsmächte wie etwa die G7 vertritt. Auch China und andere Schwellenländer machen mit. Das ist wichtig, selbst wenn es Zeit erfordert, Vertrauen und gemeinsame Regeln zu schaffen.
- Da sich die internationale Gemeinschaft nicht auf ein gemeinsames, rechtsverbindliches System zur Bewältigung von Staatsschuldenproblemen einge-

lassen hat, ist das CF ein alternativlos pragmatischer Lösungsansatz.

- Das CF kann – und sollte – weiterentwickelt werden. Derzeit gilt es nur für Länder mit niedrigen Einkommen, obwohl auch einige mittlere Einkommensländer mit Schulden ringen. Ein zusätzlicher Mechanismus, um Not leidenden Ländern vorübergehende Liquiditätshilfen zu bieten, wäre sinnvoll. Denn schneller und transparenter Zugang zu Liquidität könnte das Stigma von Umschuldungsverhandlungen mindern und zur Beantragung ermutigen.

Der Erfolg des CF hängt von der Zusammenarbeit des Pariser Clubs mit den Schwellenländern – und besonders China (siehe Box, S. 49) – ab. Das sieht in der aktuellen geopolitischen Lage schwierig aus, ist aber, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, durchaus möglich.

DAS TEMPO MUSS STEIGEN

Bisher verlaufen Verhandlungen noch schleppend, doch das Tempo erhöht sich allmählich. Die Verhandlungen mit Ghana über Umstrukturierung dauerten nur noch etwa halb so lange wie zuvor die mit dem Tschad (2021) und Sambia (2022).

Auch die Fälle von zwei Ländern mit mittleren Einkommen – Surinam und Sri Lanka – wurden nach CF-Regeln angegangen. Dabei gelten sie eigentlich nicht für sie. Sri Lanka war der zweite Fall, und die Gespräche kamen schneller voran als zuvor bei Surinam.

Die beteiligten Parteien gewinnen eine gewisse Routine. Sie wissen zunehmend, was sie erwartet, und gehen Hürden gemeinsam an. Sie einigen sich auf Maßnahmenpakete, ohne sofort alle Details zu klären, und befähigen so den IWF, Liquiditätshilfen einzuleiten. Es steht ja fest, dass es zu Zugeständnissen bei der Schuldenlast oder dem Schuldendienst kommen wird.

Wichtig war auch die Gründung des Global Sovereign Debt Roundtable (GSDR) im Jahr 2023 als gemeinsame Initiative von G20, IWF und Weltbank. Der GSDR dient dazu, Fachfragen und Methodik zu besprechen. Wie beim CF sind alle relevanten Gläubigerkategorien involviert.

Ein zentrales Thema bleibt jedoch die „vergleichbare Behandlung“ privater und staatlicher Gläubigerinstitutionen. Während das CF diese grundsätzlich in Aussicht stellt, gibt es noch keine klare und für alle Umstrukturierungsmodelle passende Definition von „Vergleichbarkeit“.

Private Gläubiger*innen spielen mittlerweile eine zunehmend wichtige Rolle. Bislang wurde dieser Sektor erst am

„Bisher verlaufen Verhandlungen noch schleppend, doch das Tempo erhöht sich allmählich. Die Verhandlungen mit Ghana über Umstrukturierung dauerten nur noch etwa halb so lange wie zuvor die mit dem Tschad (2021) und Sambia (2022).“

Ende von Verhandlungen einbezogen. Das Problem ist aber, dass niemand bereit ist, Zugeständnisse zu machen, ohne zu wissen, welche Bedingungen für die anderen Parteien gelten. Der GSDR sollte sich darum kümmern, dass über bilaterale und private Schulden parallel verhandelt wird.

Es gibt insgesamt gute Fortschritte. Es muss aber noch mehr geschehen – je schneller, desto besser. In seiner jetzigen Form ist das CF noch nicht voll funktionstüchtig. Viele Länder bräuchten eine Garantie, dass sie auf diesem Weg tatsächlich eine signifikante Schuldenumstrukturierung oder neuen Zugang zu Finanzmärkten bekommen. Zudem ist es leider noch immer mit einem Stigma behaftet, um bessere Schuldendienstbedingungen zu bitten.



JOSÉ SIABA SERRATE ist Ökonom an der Universität Buenos Aires und an der Universität für Makroökonomische Studien (UCEMA). Er ist außerdem Mitglied des argentinischen Rates für Internationale Beziehungen (CARI).
josesiaba@hotmail.com

ÜBERMÄSSIGE STAATVERSCHULDUNG

Die Rolle der G7

Wie die internationale Gemeinschaft das Problem übermäßiger Staatsverschuldung angeht, hängt nicht nur von etablierten Wirtschaftsmächten ab, sondern auch von Schwellenländern.

VON JOSÉ SIABA SERRATE

Anders als in früheren Schuldenkrisen können die etablierten Wirtschaftsmächte heute nicht mehr allein über Lösungen entscheiden. Es bedarf der Zusammenarbeit ihres Pariser Clubs mit China und anderen aufstrebenden Schwellenländern. Die G7 könnten einiges tun, um die Weiterentwicklung des Common Framework for Debt Treatments (CF, siehe Hauptartikel, S. 46) voranzutreiben.

Lehren aus den 1980er-Jahren

Die Vergangenheit zeigt: Private Gläubigerinstitutionen sind bereit, Verluste hinzunehmen, wenn sie sicher sein können, dass die verschuldeten Staaten dann wieder in die Lage kommen, die verbleibenden Kredite zu bedienen. So war das bei dem sogenannten Brady-Plan in den 1980er- und 1990er-Jahren. Er war benannt nach dem damaligen US-Finanzminister Nicholas Brady, der Lateinamerikas Schuldenprobleme angeht. Sein Konzept bewies: Großzügigkeit zahlt sich aus, wenn sie mit stimmigen Anreizen verbunden ist.

Von 1989 bis 1994 erließen private Gläubigerinstitutionen Schulden im Umfang von 61 Milliarden Dollar. Das war rund ein Drittel der ausstehen-

den Gesamtschulden. Die Volkswirtschaften erholten sich und zahlten die verbleibenden zwei Drittel zurück.

Es dauerte fast zehn Jahre, den Brady-Plan umzusetzen. Damals waren Geschäftsbanken die wichtigsten Kreditgeber. Bevor sie bereit waren, Verluste zu akzeptieren, mussten sie ihren Kapitalstock auffüllen, um nicht selbst in Finanzprobleme zu geraten.

Die 18 verschuldeten Länder, die am Brady-Plan teilnahmen, verpflichteten sich zu Wirtschaftsreformen, um ihre verbleibenden Schulden dann wirklich begleichen zu können. Die ausstehenden Anleihen wurden in „Brady Bonds“ umgewandelt, deren Rückzahlung die USA und in geringerem Maße andere Staaten mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen garantierten. Das

war ein starker Anreiz für die Teilnahme der Banken. Dass die USA Verantwortung übernahmen, war erfolgsentscheidend.

Ein ähnlicher Ansatz könnte bei der Bewältigung aktueller Schuldenprobleme helfen. Wieder wäre internationale Zusammenarbeit nötig, aber ebenso ambitionierte Reformen der verschuldeten Länder. Jedes Maßnahmenpaket muss helfen, mehr Steuern einzutreiben (was im Fachjargon „Mobilisierung inländischer Ressourcen“ heißt). Nötig sind zudem strukturelle Reformen zur Schaffung von Flexibilität und Haushaltsspielräumen.

Ohne starke Finanzhilfen und kompetente Beratung sind hochverschuldete Entwicklungsländer zu solchen Reformen jedoch nicht fähig. Ihre Volkswirtschaften stagnieren dann weiter.



Großzügigkeit funktioniert:
Nicholas Brady und George
Bush Sr. 1990 im Weißen Haus.

Was die G7 jetzt tun sollten

Die G7 sollten deshalb nun mit Unterstützung von IWF und Weltbank auf neue Regeln drängen. Sie sollten auch großzügige Klimafinanzierung anbieten. Derlei würde helfen, China und andere große bilaterale Gläubiger, die nicht zum Pariser Club gehören, einzubinden.

Sinnvoll wären auch Gesetzesreformen in Großbritannien und im US-Bundesstaat New York. New York City und London sind die wichtigsten globalen Finanzzentren. 2020 unterlagen deshalb schätzungsweise 52 Prozent der international gehandelten Staatsanleihen New Yorker Recht und weitere 45 Prozent britischem Recht. In beiden Rechtsräumen könnten Reformen starke Gläubigermehrheiten dazu befähigen, verbindliche Vereinbarungen zu treffen, die dann für die ablehnende Minderheit gelten würden. Sinnvoll wären beispielsweise Zwei-Drittel-Mehrheiten.

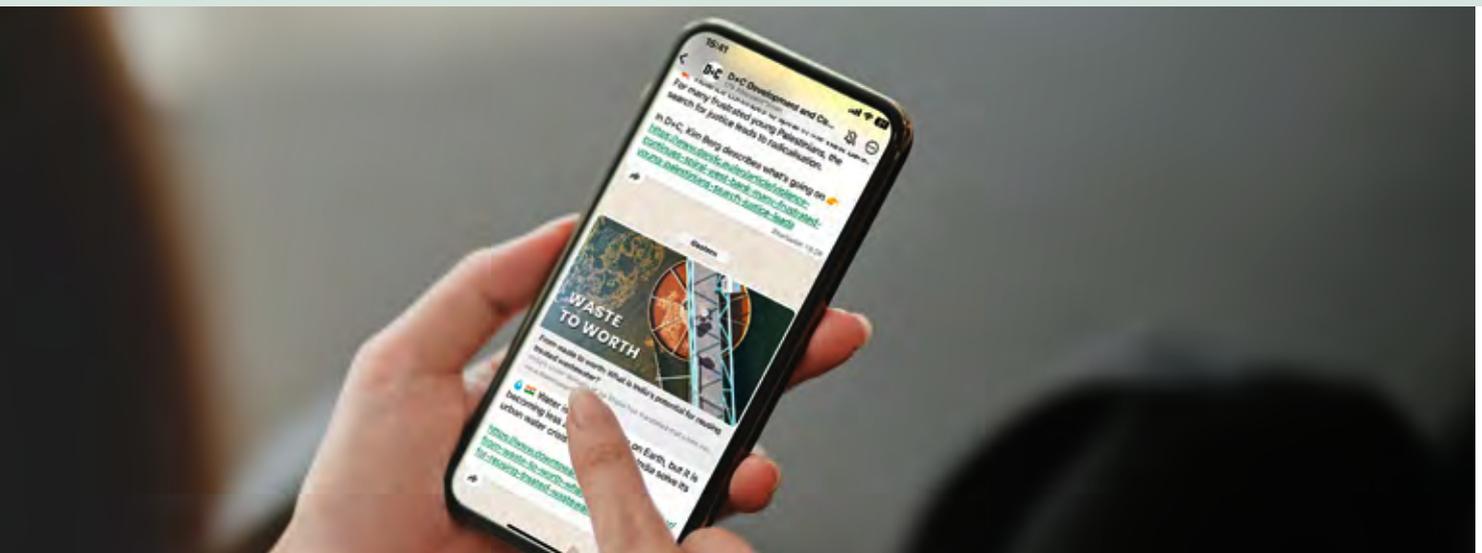
Zwei kürzlich geschlossene Schuldenabkommen – für Sri Lanka und Surinam – enthalten dagegen Klauseln, die Privatanleger den Ort für mögliche Gerichtsverfahren wechseln lassen. Das ist offensichtlich kontraproduktiv. Deshalb sollte eine internationale Vereinbarung solche Fluchtoptionen unterbinden. Das kann der Pariser Club aber nicht allein umsetzen.

Generell gilt: Die Rechtssysteme müssen aufeinander abgestimmt werden und mit einheitlichen Regeln arbeiten. Ein neues Rechtssystem sollte Gläubigerinstitutionen weltweit zur Zusammenarbeit bei der Umstrukturierung von Staatsschulden verpflichten. Bislang bedeutet für manche Geschäftsbanken die Teilnahme daran nämlich noch das Risiko, treuhänderische Pflichten gegenüber Kund*innen, die in Anleihen investiert haben, zu verletzen. Internationale Regeln sollten zudem verhindern, dass Staatsvermögen

beschlagnahmt wird, während sich eine Regierung ernsthaft um Umstrukturierung bemüht.

Westliche Entscheidungsträger*innen sollten zudem bedenken, dass sich chinesische Banken heute vielleicht in einer ähnlichen Lage befinden wie US-Banken in der frühen Phase des Brady-Plans. Letztere wollten zum Schutz ihrer Kapitalbasis damals keine Verluste akzeptieren. Sollte es heute chinesischen Banken so gehen, würde dies erklären, warum China sich in jüngsten Umstrukturierungsgesprächen gegen Schuldenerlasse gewehrt hat, aber bei der Vertagung von Zahlungen großzügig war.

Viele Länder benötigen Schuldenerleichterungen. Folglich ist faire Lastenteilung nötig, um das CF so weiterzuentwickeln, dass es seinen Zweck voll erfüllt.



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!